

CHRISTIAN MAGAARD

Britische
Verfassungsgerichtsbarkeit

Verfassungsentwicklung in Europa

31

Mohr Siebeck

Verfassungsentwicklung in Europa

herausgegeben von

Hartmut Bauer, Peter M. Huber
und Karl-Peter Sommermann

31



Christian Magaard

Britische Verfassungsgerichtsbarkeit

Modellbegründung aus Anlass der graduellen
Selbstermächtigung während der Brexit-Krise

Mohr Siebeck

Christian Magaard, geboren 1994; Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen, Nottingham und London; 2021 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Kiel; 2025 Promotion (Kiel); Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht Karlsruhe.
orcid.org/0009-0004-5932-3178

ISBN 978-3-16-200579-3 / eISBN 978-3-16-200580-9

DOI 10.1628/978-3-16-200580-9

ISSN 1861-7301 / eISSN 2569-4553 (Verfassungsentwicklung in Europa)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Satz: SatzWeise, Bad Wünnenberg. Gedruckt auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Diese Untersuchung soll einerseits ein konstruktives Verständnis des britischen Modells der Verfassungsgerichtsbarkeit begründen. Andererseits führt sie den vielbeschworenen, aber oft fehlgeleiteten Topos verfassungsgerichtlicher Selbstermächtigung einer verfassungsübergreifenden Definition zu, die sich von der Diskreditierung einer jeden gerichtlichen Verfassungsfortbildung abgrenzt. Diese Definition wird auf die Entscheidungen des Supreme Court of the United Kingdom über die Grundkonflikte der britischen Verfassungsordnung während der Brexit-Krise angewandt.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertationsschrift angenommen. Mein aufrichtiger Dank gilt zuallererst meinem Doktorvater, Professor Dr. Florian Becker, LL.M. (Cambridge), der nicht nur mein Interesse an der britischen Verfassung in äußerst wohlwollender Art gefördert hat, sondern mir auch die Freiräume gewährt hat, die dieser Untersuchung den Weg geebnet haben. Für die Tätigkeit als Zweitgutachter danke ich Professor Dr. Sebastian Graf von Kielmannsegg. Durch seine Anmerkungen hat die Untersuchung an wertvoller Kontur gewonnen, die in der Druckfassung Berücksichtigung finden konnte. Zu danken ist auch den Professoren Dr. Hartmut Bauer, Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann und Dr. Peter M. Huber für die Aufnahme meiner Arbeit in die von ihnen herausgegebene Schriftenreihe „Verfassungsentwicklung in Europa“. Die Deutsch-Britische Juristenvereinigung hat die Drucklegung gefördert. Auch dafür möchte ich herzlich danken.

Das vorliegende Werk befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand seines Entstehens im September 2024. Das ist darauf zurückzuführen, dass zu diesem Zeitpunkt der zeitgeschichtliche Bezugspunkt des Werks, die innenpolitische Brexit-Krise, in seiner Relevanz für die in Betracht genommenen Fragen weitestgehend abgeschlossen war. Einzelne Folgeentwicklungen der britischen Verfassung, die sich seit der Einreichung der Untersuchung auf die gewonnenen Erkenntnisse ausgewirkt haben, wurden nachgetragen.

Schon während meines Studiums hat mir Professor Dr. Florian Meinel die rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der britischen Verfassung nahegelegt, nachdem ich aus Studienaufenthalten an der University of Nottingham und der Deutschen Botschaft London zurückgekehrt war. Insgesamt habe ich sehr davon profitiert, dass ich in London, Nottingham und Edinburgh zahlreiche offene Türen und Ohren vorgefunden habe. Herzlicher Dank für inspirie-

rende Diskussionen gilt schließlich meinen Kolleginnen und Kollegen aus Kiel und Göttingen, insbesondere Timo Marcel Albrecht, Tom Chmela, Julian Jansen, Jakob Schünemann, Christian Voß und Dr. Sven Wedemeyer.

Ohne den Rückhalt und die Unterstützung meiner Eltern und Schwestern wäre ich nicht dazu imstande gewesen, diesen Weg zurückzulegen. Dank wäre nicht genug – Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Freiburg im Breisgau, im März 2026

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
<i>Erster Teil: Die Verfassungsgerichtsbarkeit am Supreme Court of the United Kingdom</i>	<i>73</i>
§1 Institutionelle Stellung	79
§2 Art und Qualität verfassungsrechtlicher Normen	127
§3 Entscheidungsaussprüche und -varianten sowie Methoden der Verfassungsanwendung	229
§4 Begründungstechnik und Verrechtlichung politischer Konfliktbeschreibung	375
§5 Das Wesen britischer Verfassungsgerichtsbarkeit	389
<i>Zweiter Teil: Verfassungsgerichtliche Selbstermächtigung während der Brexit-Krise</i>	<i>397</i>
§6 Grundkonflikte der Brexit-Krise	401
§7 Zur Schlichtung der Grundkonflikte	445
§8 Selbstermächtigung	481
§9 Verfassungspolitische Folgen	601
§10 Kontextualisierung	637
§11 Ausblick	647
Zusammenfassung	685
Literaturverzeichnis	697
Sachregister	757

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
<i>I. Problemaufriss</i>	1
1. Die Brexit-Krise als Kontext der Verfassungsrechtsprechung	2
a) Krise als Bezugsgegenstand des Rechts	3
b) Transformationsmoment der britischen Verfassung	4
c) Politischer Handlungsdruck infolge des Brexit-Referendums	6
d) Einführung in die Grundkonflikte der politischen Ordnung	7
aa) Referenda im Verhältnis zur Parlamentsouveränität	8
bb) Zentralregierung im Verhältnis zur Unterhausmehrheit	10
cc) Zentralstaat im Verhältnis zu Regionalregierungen	12
e) Kontextualisierung	14
2. These der Selbstermächtigung	15
3. Begründung der britischen Verfassungsgerichtsbarkeit	17
a) Einwände der Parlamentsouveränität und des Mangels an normativer Überordnung	20
aa) Entscheidungsvarianten im Überblick	21
bb) Schlussfolgerungen	22
b) Einwand fehlender Kodifikation	22
c) Einwand struktureller Wesensfremdheit der Staatsorganisation	24
4. Ziel und Erkenntnisinteresse	27
5. Gang der Darstellung	28
6. Einführung in die Methode	29
a) Begriff des Common Law	29
b) Grundlagen der induktiven Vorgehensweise	30
c) Ansätze der deduktiven Bewertung	31
<i>II. Verfassungsgerichtliche Selbstermächtigung</i>	32
1. Ansätze einer Definition	33
a) Mehr als eine Verfassungsfortbildung	34
b) Anlehnung an Stone Sweets <i>judicial coup d'état</i>	35

c)	Eine Wesensveränderung der verfassungsgerichtlichen Entscheidungsgewalt	36
2.	Fallgruppen der Selbstermächtigung	37
a)	Herstellung des Vorrangs der Verfassung	38
aa)	Marbury v Madison	38
bb)	Costa/ENEL	40
cc)	Typusbezogene Parallelen von Marbury v Madison und Costa/ ENEL	41
b)	Integration von Normkategorien in die schon bestehende Überordnung der Verfassung	42
aa)	Elfes und Lüth	44
bb)	Selbstermächtigung durch Maßstabsetzung?	46
(1)	Die Selbstermächtigung nach Lepsius	47
(2)	Stellungnahme	48
cc)	Recht auf Vergessen II	50
(1)	Hintergrund und überkommene Rechtslage	50
(2)	Begründung des BVerfG	51
(3)	Stellungnahme	52
(4)	Einordnung als Selbstermächtigung	53
dd)	Liberté d'association	54
(1)	Hintergrund	55
(2)	Veränderung des Prüfungsmaßstabs in liberté d'association	55
(3)	Einordnung	56
c)	Methodische Innovationen im Verhältnis zur Interpretationsbefugnis eines Verfassungsgerichts	58
d)	Institutionelle Selbstermächtigung	59
aa)	Die Status-Denkschrift des BVerfG	60
(1)	Hintergrund	60
(2)	Inhalt der Denkschrift	61
(3)	Politische Folgen	62
bb)	Einordnung	62
3.	Einordnung typischer Merkmale der Selbstermächtigung	64
a)	Grundlegende Veränderung der Entscheidungsgewalt oder der institutionellen Stellung	64
b)	Qualitäten der Selbstermächtigung	65
c)	Keine Regelmäßigkeit der Abfolge	65
d)	Kein actus contrarius der negativen Selbstermächtigung	66
4.	Definitionsvorschlag	67
5.	Verfassungsrechtliche Grenzen	67
a)	Politikwissenschaftlicher Hintergrund	67
b)	Gegen ein vorkonstitutionelles Gesamtbild der Selbstermächtigung	69
c)	Arten verfassungsrechtlicher Grenzen	70

Erster Teil: Die Verfassungsgerichtsbarkeit am Supreme Court of the United Kingdom	73
§ 1 Institutionelle Stellung	79
<i>I. Einordnung in das Grundmodell der integrierten Verfassungsgerichtsbarkeit</i>	<i>79</i>
1. Grundlagen der Rechtsstellung des UKSC	80
2. Eingrenzung verfassungsrechtlicher Verfahren	80
3. Verfahrensarten im Einzelnen	82
a) Revisionsverfahren	82
aa) Vorinstanzen und Ausschlussgründe	82
bb) Verfahrensart und Instanzenzug der judicial review	83
b) Spezialkompetenz für Devolutionsvorlagen	83
aa) Präventive Normenkontrolle	84
bb) Konkrete Normenkontrolle	85
cc) Abstrakte Normenkontrolle	86
dd) de lege ferenda	86
c) Verfahrensaufkommen	87
4. Würdigung	88
<i>II. Verfassungsprozessuale Hürden des Zugangs zur Verfassungsgerichtsbarkeit</i>	<i>88</i>
1. Rechtsschutzinteresse im Verhältnis zur Beschwerde	89
2. Allgemeines öffentliches Interesse des Antrags als Annahmenvoraussetzung	90
3. Antragsfrist	92
4. Einordnung	92
<i>III. Gewaltenteilung als Motiv der institutionellen Entstehungsgeschichte</i>	<i>93</i>
1. Vorgeschichte	93
2. Politische Beweggründe	97
3. Initiale Erwartungen an die Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit	98
4. Einordnung	99
<i>IV. Charakteristika des Richteramts</i>	<i>99</i>
1. Nicht-öffentliche Richterauswahl	100
a) Ablauf und Ergebnisse der Auswahl	100
b) Vorbehalte der Selbstreplikation und mangelnder Diversität	102
c) Mangel an externer, insbesondere demokratisch legitimierter Kontrolle	104
aa) Beteiligung der Zentralregierung	104
bb) Beteiligung der Parlamentshäuser	105
cc) Einordnung	105
d) Zusammenfassung	107

2. Ad hoc-Zusammensetzung der Richterbänke	107
a) Größe der Richterbank	108
aa) Ergänzung der Richterbank durch amtierende senior territorial judges	109
bb) Ergänzung der Richterbank durch Mitglieder des Supplementary Panel	109
b) Verfahren	110
c) Einfluss auf den Prüfungsmaßstab und Rechtsprechungslinien	111
d) Kriterien zur Bestimmung der Größe der Richterbank und der personellen Besetzung	112
aa) Bestimmung der Größe der Richterbank	112
bb) Bestimmung der personellen Besetzung	113
cc) Einordnung	114
3. Veränderung des Richteramts im Vergleich zum Appellate Committee	114
a) Grundzüge des Richteramts im Appellate Committee of the House of Lords	115
b) Arbeitsweise am UKSC	115
aa) Verteilung der Autorenschaft	115
bb) Verfahren der Entscheidungsfindung	116
b) Dienststellung	117
aa) Mitgliedschaft im House of Lords	117
bb) Vergütung	118
cc) Ende der Dienstzeit	118
c) Einordnung	119
V. <i>Institutionelle (Un-)Abhängigkeit</i>	120
1. Finanzielle Ausstattung und Autonomie	120
2. Organisatorische Autonomie	123
3. Einordnung	124
VI. <i>Zusammenfassung</i>	125
§2 Art und Qualität verfassungsrechtlicher Normen	127
I. <i>Einführende Aspekte</i>	127
1. Bedeutung der Normqualität für die Entscheidungsaussprüche und -varianten	128
2. Entgrenzte Abhängigkeit vom Westminster Parliament	130
3. Verhältnis zum common law constitutionalism	131
4. Über das zu rekonstruierende System der richterlichen Verfassungsanwendung	133
II. <i>Kardinalprinzipien der Verfassung</i>	135
1. Begriff und Gegenstand der Kardinalprinzipien	135
2. Verfassungsrechtlicher Status	139
a) Deskriptive Strukturprinzipien	139

b)	Gradmaß verfassungsrechtlicher Normativität	140
aa)	Rangordnung	142
bb)	Relationalität	144
3.	Norminhalte im Überblick	145
a)	Parlamentssouveränität	146
aa)	Orthodoxe Grundzüge	146
bb)	Generelle Gewährleistung legislativer Aktivität	148
cc)	Grenzen der Souveränität aus der Souveränität	149
dd)	Ausbau gerichtlicher Kontrolle	150
(1)	Unanwendbarerklärung wegen des Vorrangs des Unionsrechts	151
(2)	Schranken aus dem Common Law	151
(3)	Normenkontrolle nach der EMRK	152
ee)	Parlamentssouveränität als Vorbehalt und integrativ wirkender Gegenpol	152
ff)	Zusammenfassung	154
b)	Rule of law	154
aa)	Kategorisierungen der rule of law	155
bb)	Anwendungsformen in der Rechtsprechung	156
cc)	Zusammenfassung	157
c)	Gewaltenteilung	158
aa)	Orthodoxe Inexistenz	158
bb)	Neue Ansätze in der Rechtsprechung	160
cc)	Unterschiedliche Trennungsintensität	162
dd)	Rechtlich durchsetzbare Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative	164
(1)	Hinsichtlich Normsetzungskompetenzen	165
(2)	Ausnahme des Binnenverhältnisses der Krone-im-Parlament	166
ee)	Zusammenfassung	167
4.	Gesamtwürdigung	167
	<i>III. Verfassungs- und Menschenrechte</i>	167
1.	Verfassungsrechte des rein innerstaatlich normierten Rechts	168
a)	Grundlagen der Verfassungsrechte	169
aa)	Rechtstheoretische Verortung	169
bb)	Rückführung in der Rechtsprechung	170
cc)	Gegen den Einwand der Unbestimmtheit und Unvorhersehbarkeit	172
b)	Entwicklungsgeschichte im Überblick	173
c)	Kategorien und Schutzbereiche im Überblick	174
aa)	Institutionsübergreifend wirkende Verfassungsrechte	175
(1)	Recht auf Zugang zum Gericht	175
(2)	Recht am Eigentum	177
(3)	Recht auf Freiheit	179
(4)	Freizügigkeitsrecht	180
bb)	Residuale Freiheiten	180
(1)	Meinungsfreiheit	180

(2) Pressefreiheit	182
(3) Versammlungsfreiheit	182
(4) Wahlfreiheit	184
cc) Rechte im Verhältnis primär zur exekutiven Gewalt	185
(1) Recht auf Leben	186
(2) Allgemeines Gleichbehandlungsrecht	187
dd) Kategoriale Schutzlücken	188
(1) Religionsfreiheit	188
(2) Vereinigungsfreiheit	188
(3) Privatsphäre und Selbstbestimmung	189
ee) Zusammenfassung	190
d) Verfassungsrechtlicher Status	190
aa) Rein angriffsbezogene Wirkung	190
bb) Extraterritoriale Geltung	192
cc) Schutzwirkung im Verhältnis zu anderen Common Law-Normen	192
dd) Eingriffswirkung	193
2. Garantien der EMRK	193
a) Verfassungsrechtlicher Status	195
aa) Subjektiv-rechtliche Rechtsposition	195
bb) Extraterritoriale Geltung	196
b) Einfluss der Rechtsprechung des EGMR und das sog. mirror principle	196
aa) Rechtsprechung des House of Lords	197
bb) Modifikation durch den UKSC	198
cc) Einordnung	200
3. Einordnung des Schutzgehalts der Common Law-Verfassungsrechte im Verhältnis zu den Garantien der EMRK	200
a) Zurückstehende Anwendung des Common Law	201
b) Wandel zur bevorzugten Anwendung	201
c) Einordnung	202
aa) Schutzdivergenz	203
bb) Ein möglicher Wandel des Grundrechtsverständnisses	203
<i>IV. Verfassungsgesetze</i>	<i>205</i>
1. Definition	206
a) Diskrepanz zwischen Definition und Rechtsanwendung	206
b) Evolution der Definitionsansätze	207
c) Konkretisierung nach Adam und Perry	208
d) Destillat	209
2. Verfassungsrechtlicher Status	209
a) Einschränkungen des implied repeal	210
b) Hierarchie verfassungsrechtlicher Relevanz von Verfassungsgesetzen	211
c) Abhängigkeit von legislativer Absicht	212
d) Besondere Auslegungsregeln	213
3. Zusammenfassung	214

V. <i>Verfassungskonventionen</i>	214
1. Definition	214
2. Eintritt der Bindungswirkung	215
3. Rechtswissenschaftlicher Diskurs über die gerichtliche Durchsetzbarkeit von Konventionsbrüchen	216
a) Orthodoxe Ansicht eingeschränkter Bindungswirkung	216
b) Denkbare Ansätze zur verfassungsgerichtlichen Durchsetzbarkeit	217
aa) Grundlage der Verfassungsprinzipien	217
bb) Entwicklungsstufen von der Verfassungskonvention zur Rechtsnorm	218
(1) Beispiel Ponsoby Rule	218
(2) Beispiel Sewel-Konvention	219
(3) Ausdrückliche Bezugnahme im Parlamentsgesetz	219
(4) Durchsetzbarkeit auch aus binnenrechtlicher Normierung?	220
cc) Eignung nach Art der Konvention	220
c) Einordnung	221
4. Gerichtlicher Umgang mit Verfassungskonventionen	221
a) Konvention der parlamentarischen Verantwortlichkeit als Grundlage der beschränkten Informationspflicht der Regierung und der Zurechnung amtlicher Maßnahmen	222
b) Kollektive Verantwortlichkeit des Kabinetts als Grundlage der grundsätzlichen Vertraulichkeit kabinettsinterner Kommunikation	222
c) Mögliche Verfassungswidrigkeit eines Parlamentsgesetzes wegen Verstoßes gegen die Konvention der Zustimmungspflicht der südrhodesischen legislative assembly	223
d) Verhältnis der education convention zur Vertraulichkeit der Kommunikation des Thronfolgers	224
e) Zusammenfassung	225
VI. <i>Gesamtwürdigung</i>	226

§ 3 Entscheidungsaussprüche und -varianten sowie Methoden
der Verfassungsanwendung 229

I. <i>Gegenüber dem Westminster Parliament</i>	229
1. Rein innerstaatlich normierte Verfassungsinhalte	230
a) Auslegung und Vermutungen nach dem principle of legality	230
aa) Generelle Funktionsweise	231
bb) classic principle of legality	233
(1) Rückführung auf das Gesetzgebungsverfahren	234
(2) Konkretisierung der necessary implication	234
(a) Inhaltliche Evidenz und logische Notwendigkeit	235
(b) Systematisches Regime der Voraussetzungen	235
(3) Ausdrücklichkeit bei gesteigerter verfassungsrechtlicher Relevanz	236

(4) Unbestimmtheit des Ausdrücklichkeitskriteriums	237
(a) R (Anufrijeva) v Secretary of State for the Home Department	238
(b) R (Evans) v Attorney General	238
(c) Einordnung	240
(aa) Die Defizite der Offensichtlichkeit als Auslegungs- grenze	240
(bb) Vergleichsfolie der gewöhnlichen Auslegung von Parlamentsgesetzen	241
(5) Zusammenfassung	242
cc) augmented principle of legality	243
(1) R (Leech No. 2) v Secretary of State for the Home Department	243
(2) R (Daly) v Secretary of State for the Home Department	244
(3) R (UNISON) v Lord Chancellor	245
(4) Einordnung	246
dd) proactive principle of legality	246
(1) Anisimic v Foreign Compensation Commission	247
(2) R (Al-Fayed) v Secretary of State for the Home Department	248
(3) R (Privacy International) v Investigatory Powers Tribunal	249
(4) R (Evans) v Attorney General	251
(5) Einordnung	252
(a) Unmaßgeblichkeit des Wortlauts	252
(b) Anwendungsbereich	253
(c) Unbestimmtheit der Schranken	253
ee) Übergeordnete Anwendungspraktiken und -maßstäbe	254
(1) Entscheidungswirkung	254
(2) Entscheidungsaufkommen	254
(3) Rule of law als Auslegungsmaxime	255
(4) Verankerung des Rechts im Common Law	257
(5) Eingriffsintensität	258
(6) Grenzen der parlamentarischen Absicht als Schranke	259
(7) Zusammenfassung	260
ff) Exkurs: Entwicklungspotenziale des proactive principle of legality zur stärkeren Berücksichtigung der gesetzgeberischen Konzeption	260
(1) Entwicklungsvorbilder der üblichen Gesetzesauslegung und s. 3 HRA	260
(2) Beispiel zur Integration der gesetzgeberischen Konzeption	261
(3) Rückführung auf die Parlamentssoveränität	262
(4) Zusammenfassung	263
b) Unanwendbarerklärung	264
aa) Unionsrechtlicher Kontext	265
bb) Unanwendbarerklärung nach dem Common Law	267
(1) Wirkung des Entscheidungsausspruchs	267

(2) Auf den Regelungsinhalt bezogene Unanwendbarerklärung . . .	268
(a) Unanwendbarkeit nach den obiter dicta-Voten in R (Jackson) v Attorney-General	268
(b) Rezeption in Urteilen des UKSC	270
(c) Außergerichtliche Stellungnahmen	272
(d) Rezeption in der Literatur	274
(e) Grenzen der Unanwendbarerklärungskompetenz aus der Verfassungspraxis?	276
(f) Einordnung	278
(aa) Hintergrund der verfassungsrechtlichen Normenhierarchie	278
(bb) Verhältnis zum principle of legality	279
(cc) Vereinbarkeit mit der unkodifizierten Verfassungsform	280
(3) Verfahrensrechtlich bezogene Unanwendbarerklärung	280
(a) Streitgegenstand in R (Jackson) v Attorney-General	281
(b) Einordnung im Sinne der manner-and-form-Theorie	282
(c) Weiterführende Anwendungsoptionen	284
(d) Einordnung zur Unanwendbarkeit auch auf Grundlage der rule of recognition	286
cc) Exkurs: Kompetenz zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit?	287
dd) Zusammenfassung	289
2. Unter Anwendung der EMRK	289
a) Grundstruktur der Normenkontrolle	290
b) Entscheidungsaufkommen	290
c) Kontrollmaßstab der Verhältnismäßigkeit	291
aa) Besondere Zurückhaltung gegenüber dem Westminster Parliament	292
bb) Legitimer Zweck	293
cc) Geeignetheit	293
dd) Erforderlichkeit	294
ee) Angemessenheit	295
ff) Einordnung	297
d) Entscheidungsvarianten und Aussprüche	298
aa) Konventionskonforme Auslegung	298
(1) Auslegungsgrenze aus der gesetzgeberischen Grundentscheidung	299
(2) Funktionsbezogene Grenzen	301
(3) Bedeutung des Wortlauts im Verhältnis zur legislativen Grundentscheidung	302
(4) Grenze aus der verfassungsrechtlichen Bindung an die Kardinalprinzipien	303
(5) Wirkung der Auslegung nach s. 3 HRA im Verhältnis zum implied repeal	305
(6) Zusammenfassung	306

bb) Unvereinbarkeitserklärung	306
(1) Voraussetzung	306
(2) Ausnahmen der Anwendung	307
(3) Wirkung des Entscheidungsausspruchs	308
(a) Keine rein deklaratorische Wirkung	308
(b) Wirkung als Verfassungskonvention?	309
(c) Einordnung	311
cc) Weitergehende Entscheidungsgewalt	313
e) Zusammenfassung der HRA-Entscheidungsvarianten	314
3. Gesamtwürdigung	315
<i>II. Gegenüber der Exekutive</i>	<i>316</i>
1. Rein innerstaatlich normierte Verfassung	316
a) Wirkung der Verletzung von Verfassungsrechten	317
b) Entscheidungsvarianten im judicial review-Verfahren	318
c) Kontrollmaßstab	319
aa) Hintergrund	320
(1) Ansatzpunkt gerichtlicher Kontrolle	320
(2) Genereller Inhalt der Wednesbury unreasonableness	321
(3) Entwicklung des verfassungsrechtlichen Maßstabs	323
bb) Substantive review nach Wednesbury unreasonableness	324
(1) Kontrollstruktur und -breite	325
(a) Kontrollkriterien der Wednesbury unreasonableness	325
(b) Ähnlichkeiten mit der Verhältnismäßigkeitskontrolle	327
(aa) Parallele zur Geeignetheit	327
(bb) Parallele zur Erforderlichkeit	328
(cc) Parallele zur Angemessenheit	329
(c) Unterschiede zur Verhältnismäßigkeitskontrolle	330
(aa) Irrelevanz der Prüfungsstruktur?	330
(bb) Grunddifferenzen der Prüfungsstruktur	332
(d) Zwischenbetrachtung	333
(2) Kontrollintensität	334
(a) Bestimmung des Spektrums möglicher Gewichtungen entscheidungsrelevanter Gründe	334
(b) Einordnung	336
cc) Zusammenfassung	337
2. Unter Anwendung der EMRK	337
a) Entscheidungsvarianten	337
b) Kontrollmaßstab	338
aa) Outcome not process	338
bb) Verhältnismäßigkeit im Vergleich zur Normenkontrolle des Parlaments	338
(1) Legitimer Zweck	339
(2) Geeignetheit	339
(3) Erforderlichkeit	340

(4) Angemessenheit	341
(5) Zusammenfassung	342
3. Gesamtwürdigung	342
a) Kontrollmaßstab	342
b) Entscheidungsvarianten	343
<i>III. Gegenüber der königlichen Prerogative</i>	343
1. Einführung in die verfassungsrechtliche Stellung	343
a) Rechtsstatus im Verhältnis zum Common Law und zu Parlamentsgesetzen	344
b) Arten der Rechtsakte	345
c) Arten der Prerogative	346
2. Gerichtliche Prüfungskompetenzen	347
a) Grundsätzliche Anwendung gerichtlicher Kontrolle	347
b) Materienbezogener Ausschluss der Kontrolle der Kompetenzausübung	347
c) Kategorialer Ausschluss persönlicher Prerogativen	349
3. Zusammenfassung	349
<i>IV. Gegenüber den Regionalparlamenten und -vertretungen</i>	350
1. Maßstäbe der Kompetenzbestimmungen	350
a) Unmittelbar aus der Devolutionsgesetzgebung folgende Kompetenzgrenzen	351
aa) Regionsübergreifende Grundsätze	351
(1) Wirkung und Gegenstand der vorbehaltenen Materien	351
(2) Angleichung von Wales	352
(3) Ausnahme des schottischen Privat- und Strafrechts	353
bb) Verbindung zu den vorbehaltenen Materien	354
cc) Auslegungsmethodik	355
(1) Auslegung der Regionalgesetze	355
(2) Auslegung der Devolutionsgesetzgebung	356
b) Grenzen aus der EMRK	357
c) Common Law-Schranken	357
aa) Grundlage der Schrankenwirkung	358
bb) Verhältnis zu den Maßstäben der Unanwendbarerklärung von Gesetzen des Westminster Parliament	358
cc) Schranken-Schranken aus regionalen Ausprägungen der rule of law und der Anwendbarkeit von Konventionsrechten	359
d) Zusammenfassung	360
2. Entscheidungsausspruch und -wirkung	360
3. Entscheidungsaufkommen	361
4. Verfassungspraxis der kompetenziellen Asymmetrie	362
a) Bedeutung der Gesetzgebungskompetenz in den regionalen Gesetzgebungsverfahren	362
aa) Initiativstadium	363

bb) Beratungsstadium	363
cc) Abschlussstadium	364
b) Konfliktvermeidung im Verhältnis zum Westminster Parliament	365
aa) Grundlage der Sewel-Konvention	365
bb) Koordination zwischen den Regionalregierungen und Westminster	366
cc) Praktische Resultate	367
c) Ein zugrundeliegendes Verfassungsprinzip?	368
d) Einordnung	369
V. Zusammenfassung	369
1. Normstruktur der Verfassung als Grundlage der Methodik der Verfassungsanwendung	370
2. Abhängigkeit von Entscheidungsvariante und Normgeber	372
3. Grundsätzliche Bereichsausnahme verfassungsgerichtlicher Kontrolle	372
4. Ungleichgewicht zwischen Methodik und materiellen Inhalten	373
§4 Begründungstechnik und Verrechtlichung politischer Konfliktbeschreibung	375
I. Maßstababbildung im Verhältnis zur Präzedenzbindung	375
1. Common Law-Methode als Ausgangspunkt	376
2. Verfassungsrechtliche Begründungstechnik	377
a) Vertikale Ableitung aus Kardinalprinzipien	377
b) Entkontextualisierung von Präzedenzentscheidungen	378
aa) Entkontextualisierung des principle of open justice	378
(1) Entscheidungskontext von Scott v Scott	379
(2) Entscheidungskontext der Rezeption am UKSC bzw. am Court of Appeal	379
(3) Irrelevanz der Divergenz	380
bb) Entkontextualisierung der Common Law duty of procedural fairness	381
c) Einordnung	382
II. Effekt: Verrechtlichung politischer Konfliktbeschreibung	384
1. Anisminic v Foreign Compensation Commission	384
2. R (Evans) v Attorney General	386
3. „bureaucratic review“ schottischer Gesetzgebungsvorhaben	387
4. Einordnung	387
§5 Das Wesen britischer Verfassungsgerichtsbarkeit	389
I. Institutionelle Stellung als integrierte Verfassungsgerichtsbarkeit	389
II. Weitgehende Independenz verfassungsgerichtlicher Rechtsfortbildung	390
III. Die britische Variante der Funktion des negativen Gesetzgebers	391

IV. Systematisierbarkeit der Verfassung in gerichtlichen Maßstäben	392
V. Typische Ausdrücke einer integrierten Verfassungsgerichtsbarkeit	394

Zweiter Teil: Verfassungsgerichtliche Selbstermächtigung während der Brexit-Krise	397
---	-----

§ 6 Grundkonflikte der Brexit-Krise	401
---	-----

I. Zentralregierung im Verhältnis zur destruktiven Unterhausmehrheit	402
--	-----

1. Einführung	402
2. Überkommene Stellung der Regierung im parlamentarischen Verfahren	403
3. Antagonismus während der Brexit-Krise	404
a) Chronologie	404
aa) Verstimmungen und erste Beschlüsse gegen den Willen der Regierung	404
bb) Die Ablehnung des unter May ausgehandelten Austrittsabkommens	407
cc) Herbeiführung des Rücktritts von May	410
dd) Antizipation der Prorogation	411
ee) Informelles Misstrauen, Vollzug der Prorogation und erfolglose Neuwahlanträge	412
ff) Herbeiführung der letztmaligen Verlängerung der Austrittsfrist zur Verhinderung eines no deal-Austritts	415
b) Einordnung	417
4. Die Gestaltung des parlamentarischen Verfahrens durch den Speaker of the House of Commons	420
a) Änderungen eines „forthwith“-gestellten Antrags aus den Reihen der Backbenchers	420
b) Anwendung der same question rule auch auf die Regierung	421
c) Abstimmung in Vorbereitung eines Gesetzgebungsverfahrens in einer emergency debate	422
d) Einordnung	423
5. Bedeutungssteigerung der königlichen Prerogative	423
a) Verfassungspolitischer Kontext des Rückbaus vor der Brexit-Krise	424
b) Neue Relevanz in der Brexit-Krise	424
aa) Austritt aus völkerrechtlichen Verträgen	425
bb) Verweigerung des royal assent	425
cc) Wiedereinberufung des Parlaments	427
dd) Prorogation und Dissolution	427
ee) Entlassung des Premierministers	428
c) Zusammenfassung	428
6. Zusammenfassung	428

<i>II. Autorität des Referendums im Verhältnis zur Repräsentativfunktion des Parlaments</i>	429
1. Historische Entwicklung der Anwendungspraxis	429
2. Rechtsfolgen des Referendumsausgangs	430
3. Spannungsfeld zwischen der politischen Autorität des Brexit-Referendums und der Repräsentativfunktion des Parlaments	431
4. Zusammenfassung	434
<i>III. Zentralregierung im Verhältnis zu Regionalregierungen und -parlamenten</i>	435
1. Institutioneller Rahmen zur Rückführung des Unionsrechts in intergouvernementaler Zusammenarbeit	435
2. Strukturelle Auseinandersetzungen in der Ausgestaltung des Brexits	436
a) Hintergrund	437
b) Anwendungsausnahmen der Sewel-Konvention	437
c) Verlagerung der Konfliktlösung auf die Rechtsprechung	440
d) Unabhängigkeitsbestreben Schottlands	442
3. Zusammenfassung	442
<i>IV. Gesamtwürdigung</i>	443
§ 7 Zur Schlichtung der Grundkonflikte	445
<i>I. Rechtsakte des Zentralstaats</i>	445
1. R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union	445
a) Hintergrund und Vorgeschichte	446
aa) Genese der verfassungsrechtlichen These	446
bb) Verfahrensbezügliche Spezifika	447
b) Urteilsausspruch und -gründe	448
aa) Gesetzesvorbehalt des Westminster Parliament	449
(1) s. 2 (1) European Communities Act 1972 als Schranke der Prärogativgewalt	449
(2) Grenze der weitreichenden Verfassungsänderung	452
(3) Parlamentarische Verantwortlichkeit	453
(4) Keine Legitimation aus dem Referendum	454
(5) Zwischenbetrachtung	455
bb) Beteiligung der Regionen	455
(1) Devolutionsgesetzgebung	455
(2) Sewel-Konvention	456
2. R (Miller) v Prime Minister/R (Cherry) v Lord Advocate	457
a) Hintergrund und Vorgeschichte	457
aa) Prorogation als Prärogativkompetenz	458
(1) Wirkung	458
(2) Anordnung und Aufhebung	459

(3) Dauer	459
(4) Taktische Kompetenzanwendung	460
bb) Instanzenzug	462
cc) Standing	463
b) Urteilsausspruch und -gründe	463
aa) Justiziabilität	463
bb) Verfassungsrechtlicher Eingriff durch die Prorogation	464
cc) Prüfungsmaßstab zur Rechtfertigung	465
dd) Anwendung im konkreten Fall	465
ee) Entscheidungsausspruch der Nichtigkeit	466
<i>II. Rechtsakte der Regionen</i>	467
1. EU (Legal Continuity) (Scotland) Bill Reference	467
a) Hintergrund und Gegenstand	467
b) Entscheidungsgründe in Bezug auf s. 28 (7) Scotland Act 1998	468
c) Entscheidungsgründe in Bezug auf s. 29 (2) (c) Scotland Act 1998	469
d) Keine Anwendung des Common Law	470
2. UNCRC/ECLSG Bill Reference	470
a) Hintergrund	470
b) Gegenstand	471
c) Entscheidungsausspruch und -gründe	471
3. Scottish Independence Referendum Bill Reference	473
a) Hintergrund und Vorgeschichte	473
b) Urteilsausspruch und -gründe	475
aa) Justiziabilität	475
bb) Keine Anwendung der inherent discretion	476
(1) Präzedenzfälle	476
(2) Anwendung auf den konkreten Fall	477
cc) Fehlende Gesetzgebungskompetenz Schottlands	477
dd) Wahrung des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts	479
ee) Zusammenfassung	480
<i>III. Zwischenbetrachtung</i>	480
§ 8 Selbstermächtigung	481
<i>I. Bestätigung und Degeneration</i>	482
1. Bestätigung	482
a) Normgefüge der Verfassung	483
b) Common Law-Grenzen der Gesetzgebungskompetenz Schottlands	484
c) Deduktive Begründungstechnik	485
d) Zusammenfassung	486

2. Degeneration	486
a) Rückentwicklung der gerichtlichen Entscheidungskompetenz über die Anwendung von Verfassungskonventionen	487
aa) Einordnung in die gerichtliche Gewährleistung von Verfassungs- konventionen	487
bb) Kein abweichendes Verständnis der rein politischen Fragen	489
cc) Keine gerichtliche Durchsetzbarkeit durch parlamentsgesetzliche Normierung	490
(1) Ansätze in der Literatur	490
(2) Annahmen des UKSC	491
(3) Stellungnahme	491
dd) Zusammenfassung	491
b) Unterlassung der verfassungsrechtlichen Normativierung des Referendumsausgangs	492
aa) Referenda als zu integrierende Fremdkörper der britischen Verfassung?	492
bb) Argumentation des UKSC in Miller und ihre Rezeption in der Literatur	493
(1) Annahmen des UKSC	493
(2) Stagnation der Diskussion seit Dicey	494
(3) Aktuelle Rezeption	494
cc) Normative Ansätze in Anknüpfung an Second Independence Referendum Bill Reference	496
(1) Verfassungstheoretische Grundlage einer verfassungs- rechtlichen Relevanz der Volkssouveränität	497
(2) Umsetzung in Verfassungsnormen	499
(3) Zentrale Argumente gegen die Normativierung	501
(4) Stellungnahme	502
c) Negation der speziell verfassungsgesetzlichen Auslegungsmethode	505
d) Emanzipation des innerstaatlichen Rechtsstatus des Unionsrechts als Regelungsinhalt des European Communities Act 1972?	505
aa) Unzutreffende Prämisse	505
bb) Schlussfolgerung	508
3. Zusammenfassung	508
<i>II. Ausweitung</i>	509
1. Steigerung des normativen Gehalts verfassungsrechtlicher Prinzipien	509
a) Inklusion und Extraktion der Parlamentsouveränität	509
aa) Inklusion der ständigen Gewährleistung der legislativen Aktivität (1) Vereinbarkeit der Prorogation mit dem bisherigen Verständnis der Parlamentsouveränität in der Rechtsprechung	511
(a) Präzedenzfälle aus Cherry/Miller No.2	511
(b) Vereinbarkeit der Prorogation mit erlassener Gesetzgebung	512
(c) Bestimmung des Innovationsgehalts anhand der vorherigen Rechtsprechung	513

(2) Ausmaß der Innovation im Verhältnis zum bisherigen Verständnis der Fähigkeit zur Gesetzgebung in der Literatur	513
(3) Defizite der weiteren Rechtsannahmen des UKSC hinsichtlich der Ergänzung des Normgehalts der Parlamentsouveränität	516
(a) Begründung der Normintegration in der Literatur	516
(b) Gegen die ständige Gewährleistung der legislativen Aktivität als Bestandteil der Parlamentsouveränität	517
(c) Gegen die Einordnung der Prorogation als undemokratisches Relikt	518
(4) Zusammenfassung	519
bb) Extraktion der Absolutheit durch Prinzipienbildung	519
(1) Kontrastfolie des bisherigen Verständnisses der Parlamentsouveränität	519
(2) Parlamentsouveränität als generell einschränkbares Verfassungsprinzip	520
(3) Beeinträchtigung der Parlamentsouveränität durch gerichtliche Feststellungen	521
(4) Vereinbarkeit der Beschränkung von Anwendungswirkungen der Parlamentsgesetze mit der Parlamentsouveränität	523
cc) Zusammenfassung	523
b) Normative Aufwertung der parlamentarischen Verantwortlichkeit	524
aa) Formvorbehalt zur Ausübung der Kontrollfunktion	525
bb) Aufwertung zum Prinzip von eigenständiger normativer Bedeutung	526
(1) Bisherige rechtliche Wirkungsweise der parlamentarischen Verantwortlichkeit	526
(a) R (Nottinghamshire County Council) v Secretary of State for the Environment	527
(b) Mohammed (Serdar) v Ministry of Defence	528
(c) Zusammenfassung	528
(2) Kein identischer Anwendungskontext	528
(3) Einordnung	529
(a) Die Steigerung des normativen Gehalts	529
(b) Reichweite der Anwendung im konkreten Fall	531
(aa) Ausdrücke parlamentarischer Kontrolle in den Wochen vor der Prorogation	532
(bb) Verfassungsrechtliches Kriterium als Antithese des demokratischen Modells	533
4) Zusammenfassung	535
c) Gesamtwürdigung	536

2. Innovationen der Anwendungsmethodik der Verfassung	536
a) Einführung eines verfassungsrechtlichen Maßstabs der prärogativen Staatsleitung	536
aa) Argumentationsstruktur des UKSC	537
bb) Damit einhergehende Veränderung des Prüfungsmaßstabs	538
cc) Kategorisierung des veränderten Maßstabs	540
(1) Abgrenzung zur ultra vires-Doktrin	540
(2) Erweiterung des augmented principle of legality als Grundlage des Maßstabs	541
(a) Parallelen in der Anwendung	541
(b) Bestätigung in der Rechtsprechung und Literatur	542
dd) Eignung des augmented principle of legality als Kontrollmaßstab der Prorogation	543
(1) Umkodierung der politischen Gestaltung des parlamentarischen Verfahrens zur neutralen Sachlichkeit des Regierungshandelns	544
(2) Unvereinbarkeit mit etablierter Anwendungspraxis der taktischen Prorogation	545
(a) Kanadische Beispielfälle zur Beurteilung der verfassungsrechtlichen Relevanz einer taktisch angeordneten Prorogation	546
(aa) Umstände der kanadischen Beispielfälle	546
(bb) Bewertung in der kanadischen Literatur	547
(b) Parallelen in der Anwendungspraxis der Prorogation in der britischen Verfassung	548
(c) Schlussfolgerungen auf den Maßstab des UKSC	549
(3) Argumentsdefizite des Missbrauchs und der exceptional circumstances	549
(a) Fehlschluss aus dem Kompetenzmissbrauch	549
(b) Untauglicher Vergleich zur exceptional circumstances- Rechtsprechung	550
ee) Zusammenfassung	551
b) Gesetzesvorbehalt für weitreichende Verfassungsänderungen durch die königliche Prärogative	551
aa) Fehlende verfassungsrechtliche Grundlage des Maßstabs	552
(1) Parlamentssoveränität	552
(2) Gewaltenteilung	554
bb) Anknüpfung an die Methodik der Verfassungsanwendung	554
(1) Keine Modifikation des implied repeal-Grundsatz	554
(2) Transfer der Anwendung des classic principle of legality	555
cc) Einordnung und Konsequenzen aus dem gewählten Maßstab	556
(1) Zäsur in der deduktiven Begründungstechnik	556
(2) Annäherung an die Wirkungsweise einer kodifizierten Verfassung	557
c) Gesamtwürdigung	557

3. Auflösung der Krone-im-Parlament	557
a) Grundzüge der Krone-im-Parlament	558
b) Justiziabilität der Verhältnisse und Verfahren innerhalb der Krone-im-Parlament	560
c) Fremdkörper-These des UKSC	561
d) Stellungnahme	561
aa) Prorogation als integraler Bestandteil der Krone-im-Parlament	562
bb) Maßgeblichkeit des Grundverständnisses	563
cc) Antagonismus-Aannahme des UKSC	564
dd) Einordnung	566
4. Rückgang der königlichen Reservefunktion	567
a) Die Verbindlichkeit des ministeriellen Rats gegenüber dem Monarchen als Inhaber von Reservekompetenzen	568
aa) Umfassende Verpflichtung zur Befolgung	569
bb) Befolgungsermessen	570
(1) Beispiel Dissolution	572
(2) Beispiel Prorogation	573
cc) Zusammenfassung	575
b) Maßgeblichkeit der Parallele mit der Kompetenz zur Verweigerung des royal assent	575
aa) Hintergrund und Anwendungspraxis der Verweigerung des royal assent	575
bb) Konstellationen der Verweigerung	576
cc) Keine Verweigerungskompetenz wegen der daraus folgenden Verletzung der Parlamentsouveränität?	578
dd) Zusammenfassung	580
c) Rückschluss auf die Reservefunktion des UKSC in Cherry/Miller No.2	580
5. Prozessuale Katalysatoren der Entscheidungsgewalt des UKSC	582
a) Judicial review auf Basis des institutionellen Verfassungsrechts	582
b) Lückenlose Normenkontrolle in devolution matters	583
aa) Normkategorie des Scottish Ministerial Code	584
bb) Entscheidungsgewalt des UKSC	584
c) Zusammenfassung	585
6. Zusammenstellung der Ausweitung der Prüfungsmaßstäbe	585
<i>III. Einordnung als Selbstermächtigung</i>	<i>586</i>
1. Definition und Fallgruppen	586
2. Verfassungsrechtliche Grenzen der Selbstermächtigung	587
3. Vorliegen einer Selbstermächtigung	589
a) Selbstermächtigung durch Normintegration	589
aa) Bezugsobjekte der Selbstermächtigung	590
(1) Ständige Gewährleistung der legislativen Aktivität	590
(2) Parlamentarische Verantwortlichkeit	590

bb)	Qualifikation als selbstständige, abgrenzbare Verfassungsnormen	591
(1)	Ständige Gewährleistung der legislativen Aktivität	591
(2)	Parlamentarische Verantwortlichkeit	592
cc)	Kategoriales Ausmaß der Normintegration	592
dd)	Verhältnis zu degenerativen Entwicklungen des Prüfungsmaßstabs	593
ee)	Überschreiten verfassungsrechtlicher Grenzen	594
b)	Selbstermächtigung durch methodische Innovation	595
c)	Institutionelle Selbstermächtigung	596
aa)	Der UKSC als Reserveinstitution der Brexit-Krise	596
cc)	Keine selbstermächtigende Qualität in Second Independence Referendum	598
dd)	Überschreiten verfassungsrechtlicher Grenzen	599
ee)	Kein Einzelfall	599
d)	Zusammenfassung	600
§ 9 Verfassungspolitische Folgen		601
<i>I. Hintergrund</i>		602
1.	Journalistische Rezeption	603
2.	Fundamentalkritik der Verfassungsrechtswissenschaft	605
3.	Politische Reaktion und ursprüngliche Reformvorhaben	606
a)	Reaktion auf Miller	607
b)	Reaktion auf Cherry/Miller No. 2	608
c)	Reformansätze	609
<i>II. Legislative Reformen der Verfassungsgerichtsbarkeit</i>		610
1.	Dissolution and Calling of Parliament Act 2022	611
a)	Ausschluss gerichtlicher Kontrolle der dissolution	611
aa)	Gesetzgeberisches Ziel und Regelungsinhalt	612
bb)	Dennoch bestehende gerichtliche Überprüfbarkeit	612
b)	Renaissance der königlichen Prerogativkompetenz	613
c)	Bestandhaltung der Prorogationskompetenz	614
2.	Judicial Review and Courts Act 2022	614
a)	Zum ursprünglichen Entwurf des Justizministeriums	615
b)	Legislative Umsetzung	616
aa)	Differenzierung der Entscheidungsaussprüche	616
bb)	Ausschluss gerichtlicher Überprüfbarkeit	617
c)	Einordnung	617
3.	Bill of Rights Bill 2022	618
a)	Die Reforminhalte im Einzelnen	620
aa)	Reduktion des Prüfungsmaßstabs	620
(1)	Zu erwartende Entwicklungen der Common Law-Methodik zur Gewährleistung von Grundrechtsschutz	621
(2)	Gefährdeter Bestand gerichtlicher Gesetzesauslegungen	622

(3) Beeinträchtigung der Herausbildung neuer Grundrechtsschutzgehalte	623
(4) Sonstige Veränderungen des Prüfungsmaßstabs	624
bb) Prinzipieller Bruch mit der Autorität des EGMR	625
(1) Regelungsinhalt von s. 3 (1) BOR Bill	625
(2) Gesetzliches Mandat des UKSC zur Abweichung von Auslegungen des EGMR	626
(3) Anreiz der demokratisch legitimierten Institutionen zur Abweichung von der Inkompatibilitätserklärung oberster Gerichte	627
cc) Auswirkungen auf die horizontale Gewaltenteilung	628
(1) Regelungsinhalt von s. 7 (2) BOR Bill	628
(2) Auswirkungen auf den gerichtlichen Prüfungsmaßstab und das institutionelle Selbstverständnis des Parlaments	628
b) Übergreifende Einordnung des Grundrechtsschutzes nach der BOR Bill	629
4. Illegal Migration Act 2023	630
a) Regelungsinhalt im Überblick	631
b) Vorerst ausbleibende Anwendung	631
5. Zusammenfassung	632
<i>III. Einordnung der verfassungspolitischen Folgen der Selbstermächtigung</i>	633
1. Definition des democratic backlash im Kontrast zu anderen Arten der Gegenreaktion	633
2. Anwendung auf die Brexit-Krise	634
§ 10 Kontextualisierung	637
<i>I. Ein constitutional moment der britischen Verfassungsordnung</i>	637
1. Constitutional moment nach Ackerman	638
a) Zugrunde liegende Annahmen	639
b) Beispiele und Typisierung	639
c) Westminster als Negativobjekt	640
2. Anwendung auf die Brexit-Krise	641
a) Higher law-making	641
b) Veranlassung durch konstitutionelle Grundentscheidung	642
c) Verfassungsänderungen auf informelle, außerverfassungsrechtliche Weise	642
3. Widerlegung	643
<i>II. Das Verhängnis der Selbstermächtigung</i>	644

§ 11 Ausblick	647
<i>I. Die Verfassungsrechtsprechung nach der Brexit-Krise</i>	<i>648</i>
1. Übernahme politischer Forderungen in die Entscheidungsgründe des UKSC	649
a) Kritik strategischer Prozessführung	650
b) Obergrenze der Weiterentwicklung von Schutzgarantien der EMRK	650
2. Irrelevanz des verfassungsrechtlichen Status der Verfassungsgesetze und die formalistische Auslegung von Parlamentsgesetzen	652
a) Relativierung des verfassungsrechtlichen Status von Verfassungsgesetzen	652
aa) Einebnung der Rangordnung von Parlamentsgesetzen	653
bb) Schlichter Regelungskonflikt	654
b) Auslassung der Anwendung als Verfassungsgesetz	654
aa) Entscheidungsgegenstand	655
bb) Einordnung	655
c) Negation einer speziell verfassungsgesetzlichen Auslegungsmethode	656
d) Zusammenfassung	657
3. Rechtsprechung zu Freiheitsbeschränkungen während der Covid-19-Pandemie	657
a) Hinsichtlich abstrakt-genereller regulations	658
aa) Erfolgreiche judicial review-Anträge	658
bb) Maßstäbe des Court of Appeal zur Überprüfung von regulations in der Pandemie	659
(1) Fragliche Ermächtigungsgrundlage	659
(2) Beurteilungsspielraum der Regierung und des Parlaments	661
(3) Zusammenfassung	661
b) Hinsichtlich konkret-individueller Maßnahmen und Handlungspflichten	662
c) Einordnung	663
4. Sonstige Entwicklung verfassungsgerichtlicher Maßstäbe	663
a) Weite Beurteilungsspielräume zur Vornahme von Grundrechtseingriffen	664
b) Abweichende Entscheidungen	667
aa) DPP v Ziegler	667
bb) R (Finch) v Surrey County Council	668
cc) AAA and others v the Home Secretary	669
(1) Gegenstand	669
(2) Wesentliche Rechtsfragen	670
(3) Entscheidungsausspruch und -gründe	671
(4) Einordnung	672
(5) Über das Potenzial einer Unanwendbarerklärung	672
(a) Regelungsinhalt des Safety of Rwanda (Asylum and Immigration) Act 2024	673

(b) Anwendung des Entscheidungsausspruchs der Unanwendbarerklärung?	673
(6) Exkurs: Unanwendbarerklärung zur Gewährleistung des Austrittsabkommens	675
5. Einordnung	675
<i>II. Entwicklungsperspektiven am Scheideweg</i>	677
1. Rückkehr zur political constitution	678
2. Normativierungspotenziale der Verfassung	678
3. Kodifikation der Verfassung als ultima ratio?	681
a) Diskussion im Schrifttum	682
b) Stellungnahme	684
 Zusammenfassung	 685
 Literaturverzeichnis	 697
Sachregister	757

Abkürzungsverzeichnis

AC	Appeal Cases (Law Report)
Admin	Administrative Court
CA	Civil Appeal (Israel)
Ch	Chancery (Law Report)
CMLR	Common Market Law Reports
Co Rep	Coke's King's Bench Reports (England)
col	column
CP	Command Papers
CSIH	Inner House, Court of Session
CSOH	Outer House, Court of Session
EL	Ergänzungslieferung
EWCA	Court of Appeal of England and Wales
EWHC	High Court of England and Wales
ex p	ex parte
HC	House of Commons
HC deb	House of Commons Debates
HL	House of Lords
HL deb	House of Lords Debates
HM	Her/His Majesty
ICR	Industrial Cases Reports
J	Justice, Judge
KB	King's Bench
LJ	Lord Justice
Ltd	Limited
NGO	Non-Governmental Organisation
NIQB	High Court of Justice in Northern Ireland Queen's Bench
No	Number
NZSC	New Zealand Supreme Court
para	paragraph
Plc	Public Limited Company
QB	Queen's Bench
R	Rex/Regina
s./ss.	section/sections
SCC	Supreme Court Cases (Supreme Court of India)
Sch	Schedule
SCR	Supreme Court Reports (Kanada)
SLT	Scots Law Times (Law Report)
Sp	Special Issue
U.S.	United States Supreme Court decisions
UKHL	United Kingdom House of Lords

UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
v	versus
VerfIT	Verfassung der Republik Italien v. 27.12.1947, GU Serie Generale n. 298 del 27–12–1947
VerfSE	Verfassung von Schweden (regeringsform) v. 28.2.1974, i. d. F. der Bekanntmachung Nr. 2011:109
vol	volume
vrsl.	voraussichtlich
WLR	Weekly Law Reports

Alle sonstigen in der Studie und im Literaturverzeichnis nicht definierten Abkürzungen entsprechen jenen bei *Kirchner, Hildebert/Böttcher, Eike*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtsprache, 11. Auflage, Berlin 2024.

Einleitung

„There are three ways in which we have definitely become the guardians of the United Kingdom Constitution.“¹

I. Problemaufriss

Als „die Hüter der Verfassung“² bezeichnete *Baroness Hale* ihr Richterkollegium am Supreme Court of the United Kingdom (UKSC) viereinhalb Monate nach dem Brexit-Referendum vom 23. Juni 2016. Daraufhin mutierte die Hüter-Formel in Teilen der britischen Literatur zu einem Topos der Fundamentalkritik gegen die Urteile des UKSC zur Schlichtung der Grundkonflikte,³ die sich infolge des Brexit-Referendums in der politischen Ordnung des Vereinigten Königreichs ereigneten.⁴ Dieser Kritik zufolge habe der UKSC seiner Funktion als Oberster Gerichtshof eine in der Verfassung nicht vorgesehene Vorrangstellung gegenüber den demokratisch verantwortlichen Institutionen der Staatsleitung,

¹ *Baroness Hale*, The Supreme Court: Guardian of the Constitution?, Rede v. 9.11.2016, S. 4, 13.

² Zur früheren Verwendung der Hüter-Figur in Bezug nur auf die Legislativfunktion des House of Lords bzw. auf das Select Committee on the Constitution *Hazell*, Who is the guardian of legal values in the legislative process: Parliament or the Executive?, (2004) PL, 495 (498); nur hinsichtlich des Verhältnisses zum EuGH *European Union Committee of the House of Lords*, The Future of the European Court of Justice, Sixth Report (2003-04 HL 47), Rn. 88 f., zit. nach *Arden*, Jurisdiction of the new United Kingdom Supreme Court, (2004) PL, 699 (701); *de lege ferenda Brazier*, A British Republic, (2002) 61 CLJ, 351 (359); *Bingham*, A New Supreme Court for the United Kingdom, The Constitution Unit Spring Lecture 2002, S. 7.

³ Zu diesem Begriff sogleich unter Einl. I. 1. d) sowie ausf. § 6.

⁴ In diesem Sinne *Grant*, Prerogative, Parliament, and Creative Constitutional Adjudication, (2017) 28 King's LJ, 35 (59 f.); *Ekins/Gee*, Politics of Brexit, in: Elliott/Williams/Young (Hrsg.), The UK Constitution after Miller, 2018, S. 249 (267); *Ekins*, Restoring Parliamentary Democracy, (2018) 39 Cardozo Law Review, 997 (1013); *Loughlin*, A note on Craig, (2020) PL, 278 (280); *ders.*, The Case of Prorogation, Judicial Power Project v. 15.10.2019, S. 6, 15, 21; *McHarg*, Guardian or Architect?, (2020) 24 EdinLR, 88 (89); *Finnis*, Changing the Ground Rules, in: Clarry (Hrsg.), The UKSC Yearbook 2018–2019, 2021, S. 299 (307); s. auch schon vor den UKSC-Urteilen gegen die Hüter-Formel von *Baroness Hale Forsyth*, Who is the ultimate guardian of the constitution?, Judicial Power Project Paper v. 12.12.2016, Rn. 7; die Hüter-Formel neutral zur Beschreibung des Ausbaus der Verfassungsgerichtsbarkeit verwendend *Elliott*, Constitutional Adjudication and Constitutional Politics, (2020) 16 EUConst, 625 (642).

namentlich dem Westminster Parliament und der Zentralregierung, verliehen.⁵ Bisweilen wird auch ein „shift from the Monarch to the courts“ attestiert, weil der UKSC Reservekompetenzen zur Schlichtung von Konflikten ausgeübt habe, die zuvor dem Monarchen⁶ zugestanden hatten.⁷ Nicht zuletzt auch auf deutsche Beobachter musste *Hales* Hüter-Formel geradezu befremdlich wirken. Schließlich bestreiten sie bislang in erheblicher Anzahl die Existenz von Verfassungsgerichtsbarkeit im Vereinigten Königreich.⁸ Ein Anlass zur Untersuchung folgt daraus in zweierlei Hinsicht. Fraglich ist erstens, wie der UKSC infolge des Brexit-Referendums sein Wesen als Verfassungsgericht in der britischen Verfassungsordnung etabliert oder verändert hat. Zweitens gilt es zu klären, wie der UKSC sich in seiner Entscheidungsgewalt und Institution zu den Modellen der Verfassungsgerichtsbarkeit verhält, die in der Forschung zum ausländischen öffentlichen Recht⁹ anerkannt sind.

1. Die Brexit-Krise als Kontext der Verfassungsrechtsprechung

Zur Zeit der Hüter-Proklamation befand sich die politische Ordnung des Vereinigten Königreichs angesichts der Auswirkungen des Brexit-Referendums in einem oftmals als „Krise“ bezeichneten Zustand.¹⁰ Indes unterblieb in der britischen Literatur eine von den konkreten Umständen des Brexit-Referendums

⁵ Deziert *Ekings/Gee*, Politics of Brexit, in: Elliott/Williams/Young (Hrsg.), The UK Constitution after Miller, 2018, S. 249 (267); *Ekings*, Restoring Parliamentary Democracy, (2018) 39 Cardozo Law Review, 997 (1013); *Loughlin*, The Case of Prorogation, Judicial Power Project v. 15.10.2019, S. 6, 15, 21; *Finnis*, Changing the Ground Rules of our Constitution, in: Clarry (Hrsg.), The UKSC Yearbook 2018–2019, 2021, S. 299 (307).

⁶ Im Laufe der Studie wird die weibliche Form des Staatsoberhauptes nur dann verwendet, soweit sich die Ausführungen ausschließlich auf die Regentschaft einer Monarchin wie etwa *Queen Elizabeth II* beziehen.

⁷ *Twomey*, House of Commons Administrative and Constitutional Affairs Committee, Oral evidence: Prorogation and implications of the Supreme Court judgment, 8.10.2019, HC 2666, S. 13, Question 14, abrufbar <https://committees.parliament.uk/oralevidence/9652/pdf> (letzter Zugriff 15.2.2026).

⁸ Dazu näher unter Einl. I. 3.; s. insb. *Troßbach*, Öffentlichkeit und Geheimhaltung im Verwaltungsprozess, 2019, S. 169; *Sturm*, Das politische System Großbritanniens, 2. Aufl. 2017, S. 29; *Murkens*, Verfassungsgerichtsbarkeit im Vereinigten Königreich, in: v. Bogdandy/Grabenwarter/Huber (Hrsg.), IPE VI, 2016, § 108 Rn. 1; v. *Bogdandy/Grabenwarter/Huber*, Verfassungsgerichtsbarkeit in Europa, in: dies. (Hrsg.), IPE VI, 2016, § 95 Rn. 32; *Sydow*, Parlamentssuprematie und rule of law, 2005, S. 39; *Brunner*, Der Zugang, JöR n.F. 50 (2002), 191 (193, 197); *Böckenförde*, Verfassungsgerichtsbarkeit, NJW 1999, 9 (9).

⁹ S. die Begriffsverwendung als Forschungsfeld auch bei v. *Bogdandy*, Warum der freiheitliche Realismus das eigentliche Wichtige verbirgt, Rede v. 14.2.2020, abrufbar <https://www.mpil.de/de/pub/institut/das-institut/der-neubau/bild-im-foyer.cfm> (letzter Zugriff 15.2.2026).

¹⁰ S. etwa *McHarg*, Navigating without maps, (2018) 16 IJCL, 952 (954f.); *Ackerman*, Revolutionary Constitutions, 2019, S. 12, 14; *Young*, Lessons from the United Kingdom's „Enemies of the People“ case, Verfassungsblog v. 29.9.2022; *King*, From Constitutional Crisis to Poisoned Chalice, Verfassungsblog v. 28.6.2024.

losgelöste Ausführung abstrakter Krisenmerkmale.¹¹ Deshalb wird im Folgenden als Krisenbegriff zugrunde gelegt, was in der deutschsprachigen Verfassungsrechtswissenschaft unabhängig von der anzuwendenden Rechtsordnung unter einer Krise der politischen Ordnung verstanden wird.¹²

a) Krise als Bezugsgegenstand des Rechts

Demnach gilt als Krise in Anlehnung an den altgriechischen Ursprung (*krísis*) eine endgültige, unwiderrufliche Entscheidung, die nach zugespitzten Alternativen der politischen Gestaltung verlangt.¹³ Während der Krise herrscht ein temporal vorübergehender Ausnahmezustand unter Zwang zur schnellen Entscheidung und zügigem Handeln.¹⁴ Ein verbreitetes Kennzeichen der Krise ist ein struktureller Transformationsprozess der politischen Ordnung, der sich im Sinne eines entscheidenden Übergangs von einem vergangenen, regulären Zustand in eine neue Norm der Regularität im politischen Sinne äußert.¹⁵ Für die politischen Institutionen beinhaltet diese Transformation ein besonderes Gestaltungspotenzial, weil sich die Dringlichkeit struktureller Veränderungen des Gemeinwesens während der Krise derart verdichtet, dass die politische Durchführung jener Veränderungen unmittelbarer und zugespitzt begründet werden kann.¹⁶ Gleichwohl fehlt den Entscheidungsträgern gerade angesichts der Dringlichkeit der Maßnahmen zur Krisenbewältigung oftmals ein umfassendes Wissen über die langfristi-

¹¹ S. lediglich zum Staatsnotstand und der darauf bezogenen Aufhebung von Habeas Corpus-Rechten *Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 9. Aufl. 1939, S. 228; zum martial law als innerstaatliches Recht im Kriegsfall *Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 9. Aufl. 1939, S. 287. Unabhängig von der Brexit-Krise kritisch zur Definierbarkeit von Krisen *Barczak*, Der nervöse Staat, 2. Aufl. 2021, S. 116.

¹² Wegweisend *Schorckopf*, Finanzkrisen als Herausforderung, VVDStRL 71 (2012), 183 (184–189); *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018, S. 7–9; s. auch *Finke*, Krisen, 2020, S. 152 ff.; im Anschluss daran *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 68–71; *Nettesheim*, Krisen im EU-Recht, in: Grabenwarter/Vranes (Hrsg.), Die EU im Lichte des Brexits und der Wahlen, 2020, S. 1 (2); *Klafki*, Kontingenz des Rechts in der Krise, JöR n.F. 69 (2021), 583 (585); *Lepsius*, Ausnahme und Krise, Die Verwaltung 55 (2022), 309 (315 ff.); *Becker*, Bewältigung zukünftiger Krisen, 74. djt I/D 12; zur vorherigen Entwicklungsgeschichte der Krise in der Rechtswissenschaft im Weiteren *Barczak*, Der nervöse Staat, 2. Aufl. 2021, S. 101 mit Fn. 45.

¹³ *Schorckopf*, Finanzkrisen als Herausforderung, VVDStRL 71 (2012), 183 (184); *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018, S. 7; *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 71; *Finke*, Krisen, 2020, S. 152; s. auch *Lembcke*, Hüter der Verfassung, 2007, S. 384.

¹⁴ *Schorckopf*, Finanzkrisen als Herausforderung, VVDStRL 71 (2012), 183 (185); *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018, S. 9; *Becker*, Bewältigung zukünftiger Krisen, 74. djt I/D 12, 13 f.

¹⁵ S. den Begriff „transformatorische Krise“ bei *Schorckopf*, Finanzkrisen als Herausforderung, VVDStRL 71 (2012), 183 (189); „sowohl Auslöser als auch Bestandteil grundlegender Veränderungs- und Anpassungsprozesse“ *Finke*, Krisen, 2020, S. 5; zu diesem Krisenmerkmal auch *Lembcke*, Hüter der Verfassung, 2007, S. 385; im Kontext des Ausnahmezustands *Barczak*, Der nervöse Staat, 2. Aufl. 2021, S. 122.

¹⁶ *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018, S. 10 f.

gen Entscheidungsfolgen.¹⁷ Die Prävention einer Krise wird indes dadurch behindert, dass sich die praktischen Szenarien und Kontexte, aus denen eine Krise der politischen Ordnung entstehen kann, vor allem retrospektiv erheben lassen,¹⁸ aber im Hinblick auf künftig in Betracht kommende Kontexte kaum abschließend zu katalogisieren sind.¹⁹ Aufgrund dieser Entwicklungsoffenheit ihrer Erscheinungsformen liegt mit der Krise ein heuristischer Topos vor.²⁰ Sie lässt sich als politischer, aber auch gesellschaftlich-psychischer Vorgang erfassen, der sich zur Auseinandersetzung durch Politik, Medienöffentlichkeit und Wissenschaft gleichermaßen eignet.²¹

Wenngleich im rechtswissenschaftlichen Kontext bislang weder ein „dogmatisches Konzept“²² noch ein Rechtsbegriff²³ der Krise entwickelt worden ist, dienen die Merkmale einer Krise zur Darstellung des Anwendungsbezugs von Verfassungsrecht.²⁴ Mit der Krise kann demnach eine Phase politischer Gestaltung eingegrenzt werden, um für diesen Kontext das Verhalten von Staatsgewalten zu bewerten.²⁵ Mithin lässt sich auch die Entwicklung der Obersten Gerichtsbarkeit des Vereinigten Königreichs infolge des Brexit-Referendums auf der Grundlage einer Krise der politischen Ordnung analysieren, soweit in diesem Kontext die genannten Merkmale einer Krise vorlagen.

b) Transformationsmoment der britischen Verfassung

Bezogen auf das Vereinigte Königreich ist das einen Krisenzustand potenziell indizierende Transformationsmoment allerdings ein reguläres Identitätsmerkmal der Verfassung. Dafür fand *Bagebot*, einer der Doyens der historischen eng-

¹⁷ *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 71; *Becker*, Bewältigung zukünftiger Krisen, 74. djt I/D 13 f.; *Finke*, Krisen, 2020, S. 153.

¹⁸ S. eine Auflistung von in jüngerer Zeit aufgetreter Krisen der Bundesrepublik Deutschland etwa bei *Becker*, Bewältigung zukünftiger Krisen, 74. djt I/D 11 f.

¹⁹ *Nettesheim*, Krisen im EU-Recht, in: Grabenwarter/Vranes (Hrsg.), Die EU im Lichte des Brexits und der Wahlen, 2020, S. 1 (2).

²⁰ *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 70; s. auch mwN *Finke*, Krisen, 2020, S. 153 f.

²¹ *Schorckopf*, Finanzkrisen als Herausforderung, VVDStRL 71 (2012), 183 (185), *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018, S. 10; *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 71; *Finke*, Krisen, 2020, S. 152 f.

²² *Nettesheim*, Krisen im EU-Recht, in: Grabenwarter/Vranes (Hrsg.), Die EU im Lichte des Brexits und der Wahlen, 2020, S. 1 (2); *Barczak*, Zeithorizonte von Verwaltung – Krisenmanagement, langfristige Planung und Systemkohärenz, DVBl. 2023, 1036 (1040); krit. auch zur Objektivierbarkeit von Krisen *Klafki*, Kontingenz des Rechts in der Krise, JöR n.F. 69 (2021), 583 (586); *Barczak*, Der nervöse Staat, 2. Aufl. 2021, S. 115.

²³ Krit. zur Eignung der Krise als rechtlich verwertbares Phänomen insb. *Kaiser*, Ausnahmeverfassungsrecht, 2020, S. 68 f.; *Lepsius*, Ausnahme und Krise, Die Verwaltung 55 (2022), 309 (315 ff.).

²⁴ Vgl. die Nachweise in Fn. 12.

²⁵ Umfassend zur legislativen Gewalt der Bundesrepublik Deutschland *Schwerdtfeger*, Krisengesetzgebung, 2018.

lischen Verfassung,²⁶ die treffenden Worte „[...] the British Constitution has continued in connected outward sameness, but hidden inner change.“²⁷ Dieser ständige Wandel wird unter anderem dadurch ermöglicht, dass die Normen der britischen Verfassung unkodifiziert sind. So besteht die britische Verfassung nicht aus einem einzelnen Verfassungsdokument, sondern aus mehreren Rechtsquellen, und zwar Parlamentsgesetzen, Gerichtsentscheidungen, Verfassungskonventionen und Gewohnheitsrecht. Zudem wird Verfassungsrecht nicht durch formellen Rechtsstatus, sondern – wie noch näher auszuführen sein wird – durch materielle Kriterien von der sonstigen Rechtsordnung abgegrenzt.²⁸ Das Westminster Parliament kann die Verfassung mit einfacher Abstimmungsmehrheit in beiden Parlamentshäusern, House of Commons und House of Lords, ändern.²⁹ Doch während *Bagehot* annahm, dass trotz stetigen inneren Wandels eine „äußerliche Beständigkeit“ der Verfassungsordnung herrsche,³⁰ sucht man nach dieser äußerlichen Beständigkeit seit Mitte der 1990er Jahre³¹ allein schon angesichts der gesetzlichen Verfassungsreformen vergebens.³² Und selbst gemessen an ihrer bewegten Vorgeschichte begründeten die Zwänge der politischen Ordnung und ihre verfassungsrechtliche Aufladung infolge des Brexit-Referendums eine Zä-

²⁶ Vgl. zu *Bagehots* Wirken eingehend *Nuscheler*, Walter Bagehot und die englische Verfassungstheorie, 1969.

²⁷ *Bagebot*, The English Constitution, hrsg. v. *Crossman*, 1964 (nach 1. Aufl. 1867), S. 59; entsprechend auch *Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 9. Auflage 1939, S. 91; *Bryce*, Studies in History and Jurisprudence, Band 1, 1901, S. 145 ff., insb. 181.

²⁸ Dazu ausf. § 1 I. 2.

²⁹ *Elliott/Thomas*, Public Law, 5. Aufl. 2024, S. 14 f.

³⁰ S. das obige Zitat *Bagebot*, The English Constitution, hrsg. v. *Crossman*, 1964 (nach 1. Aufl. 1867), S. 59.

³¹ Eine Auswahl der relevanten Gesetzgebung sei hier lediglich zu Übersichtszwecken des diesbezüglich unkundigen Lesers pauschal aufgezählt. Auf die einzelnen Gesetze geht diese Studie an den relevanten Stellen ausführlich ein:

Die Verfassungsreformen begannen 1998 mit einer Reform der Territorialstruktur (devolution) zur Übertragung von Legislativ- und Exekutivkompetenzen an gewählte Organe in Schottland, Wales und Nordirland (Scotland Act 1998, Government of Wales Act 1998, Northern Ireland Act 1998). Seit 1998 hat London einen direkt gewählten Bürgermeister und eine städtische Exekutive, deren Kompetenzen weit über diejenigen der übrigen Lokalverwaltungen hinausgehen (Greater London Authority (Referendum) Act 1998). Der Human Rights Act 1998 hat das Verhältnis von Individualrechten zur Hoheitsgewalt grundlegend reformiert, vgl. auch Freedom of Information Act 2000. Auch Verfassungsinstitutionen wurden reformiert mit der Abschaffung der erblichen Adelsitze im House of Lords im Jahre 1999 und der Gründung des Ministeriums für Verfassungsfragen (Department for Constitutional Affairs) im Jahre 2003, das mittlerweile Bestandteil des Ministry of Justice ist. Der Constitutional Reform Act 2005 normiert unter anderem die Einrichtung des UKSC. Der Constitutional Reform and Governance Act 2010 regelt unter anderem die Parlamentsbeteiligung vor Ratifikation völkerrechtlicher Verträge. Der Fixed-Term Parliaments Act 2011 normiert unter anderem die Dauer der Legislaturperioden, einen Parlamentsvorbehalt zur Parlamentsauflösung und Rechtsfolgen eines Misstrauensvotums. Der Wales Act 2014 und der Scotland Act 2016 erweitern die Devolution.

³² *Walker*, Our Constitutional Unsettlement, (2014) PL, 529 (529 ff.).

sur.³³ Diese wird bereits an dieser Stelle einleitend als Rahmen der innenpolitischen Brexit-Krise skizziert:

c) Politischer Handlungsdruck infolge des Brexit-Referendums

Für eine Krise im genannten Sinne typisch war die Zeit nach dem Brexit-Referendum von vornherein begrenzt, um die politische Ordnung des Vereinigten Königreichs von der Integration in den supranationalen Staatenverbund zu emanzipieren. Grund dafür ist, dass die formelle Notifikation des EU-Austritts nach Art. 50 Abs. 2 EUV den Beginn einer zweijährigen Austrittsfrist auslöst, Art. 50 Abs. 3 EUV. Mit dem Ablauf dieser Frist wird der EU-Austritt unabhängig davon wirksam, ob vorher ein Abkommen über die zukünftige Gestaltung der politischen Beziehungen und rechtlichen Übergangsmechanismen geschlossen wurde. Die Fristverlängerung bedarf der Zustimmung des Europäischen Rates, welche das Einvernehmen aller Mitgliedstaaten voraussetzt, Art. 50 Abs. 3 2. Hs. EUV.³⁴ Demnach war auch das Vereinigte Königreich auf die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten angewiesen, um die Austrittsfrist zu verlängern, während dem Abschluss des Austrittsabkommens immerhin zwei Drittel der Mitgliedstaaten sowie das Europäische Parlament zustimmen mussten, Art. 50 Abs. 2 S. 4 EUV.

Vor diesem Hintergrund drohte im Falle eines negativen Verhandlungsausgangs oder einer fehlenden Ratifikation des Austrittsabkommens ein Austritt per Fristablauf, ohne dass eine Regelung über die zukünftige Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU getroffen worden wäre (sog. no deal). Je nach wirtschaftlicher Beurteilung hätte ein no deal gravierende Schäden für die britische Volks- und Betriebswirtschaft hervorgerufen.³⁵ Deshalb stand die Zentralregierung unter besonderem Handlungsdruck, ein völkerrechtliches Austrittsabkommen mit der EU abzuschließen und dieses Abkommen nach innerstaatlichem Recht zu ratifizieren. Die Ratifikation wiederum setzte ein Gesetz des Westminster Parliament voraus. Indes erwies sich das Zustandekommen eines Ratifikationsgesetzes während der Minderheitsregierung von 2017 bis 2019 als politisch äußerst voraussetzungsvoll (dazu sogleich). Folglich drohte eine schwerwiegende Zäsur für die britische Volkswirtschaft entweder im Falle eines Scheiterns der Austrittsverhandlungen oder im Falle eines Scheiterns der parlamentarischen Mehrheitsbildung im Vereinigten Königreich für die Ratifikation

³³ *Monaghan/Welsh*, Questions of Control, in: Flinders/Moaghan (Hrsg.), Questions of Accountability, 2023, S. 115 (118 f.); *Tierney*, The Territorial Constitution and the Brexit Process, (2019) 72 CLP, 59 (60); *Douglas-Scott*, The Future of the United Kingdom, (2019) 12 EJLS Sp, 245 (246).

³⁴ *Calliess*, in: Calliess/Ruffert (Hrsg.), EUV/AEUV, 6. Aufl. 2022, Art. 50 EUV Rn. 23.

³⁵ Vgl. zur politischen Diskussion um das no deal-Szenario *Kettell/Kerr*, From eating cake to crashing out, (2020) 18 Comparative European Politics, 590 (590 ff.); im Überblick zu den geplanten Vorkehrungen zur Abfederung wirtschaftlicher Schäden eines no deal-Austritts *Wilkes*, Bailout for business in a no-deal Brexit, Institute for Government report, 2019, S. 8 ff.

eines Austrittsabkommens einzutreten. Angesichts der auf zwei Jahre festgelegten Austrittsfrist herrschte ein temporal bedingter Zwang, die außenpolitischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen für die Zeit nach dem Austritt aus der EU zu gestalten.

d) Einführung in die Grundkonflikte der politischen Ordnung

Qualitativ verstärkt wurde dieser Handlungsdruck durch den Transformationsprozess, den die politische Ordnung zur Herbeiführung des EU-Austritts vollziehen musste. Ohnehin erforderte der Austritt die rechtliche Rückführung der unionsrechtlichen Gesetzgebungskompetenzen, die Ausgliederung des unmittelbar anwendbaren Unionsrechts aus der innerstaatlichen Rechtsordnung und die Neuausrichtung der äußeren Souveränität³⁶ insbesondere in Fragen der Außenhandels- und zollpolitik,³⁷ Art. 3 Abs. 1 lit. a, e AEUV.³⁸ Diese Bedingungen des EU-Austritts erzeugten in Verbindung mit dem beschriebenen Handlungsdruck der Staatsgewalten eine gesteigerte Intensität innerstaatlich ausgetragener Konflikte der Institutionen der politischen Ordnung über die Kompetenzen zur Ausgestaltung des EU-Austritts und die Grundlagen des politischen Systems. Im krisentypischen Sinne ist dabei erheblich, dass die politischen Entscheidungsträger der innerstaatlichen Ordnung hinsichtlich des Austritts selbst und seiner Gestaltung über zugespitzte Alternativen (remain or leave, hard or soft Brexit,³⁹ second referendum or snap election⁴⁰) stritten, die aufgrund ihrer Gegensätzlichkeit den Handlungsdruck noch erhöhten. Die einzelnen Konflikte lassen sich wie folgt in drei übergeordnete Linien strukturieren, in die zur Übersicht zunächst eingeführt wird, bevor sie im weiteren Verlauf einen Schwerpunkt der Studie bilden werden.⁴¹ In jedem dieser Grundkonflikte traf letztlich der UKSC eine

³⁶ Vgl. zu diesem Strukturmerkmal der staatlichen Souveränität im Sinne der Fähigkeit, als unmittelbarer Adressat des Völkerrechts zu handeln, d. h. nicht vermittelt über einen supranationalen Staatenverbund, etwa in Fragen des Außenwirtschaftsrechts, *Fleiner/Fleiner*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl. 2004, S. 325; *Hillgruber*, Der Nationalstaat in der überstaatlichen Verflechtung, in: *Badura/Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), HStR II, 3. Aufl. 2004, § 32 Rn. 91; zum modernen Souveränitätsverständnis allgemein auch *Schliesky*, Souveränität und Legitimität, 2004, S. 57 ff.; in Bezug auf die EU *Lührs*, Europäische Souveränität, EuR 2022, 673 (685 f.); s. auch im Kontext der Desintegration aus internationalen Organisationen mwN *Magaard*, Ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat, *ZaöRV* 82 (2022), 671 (695).

³⁷ Zum Begriff der Außenzollpolitik *Büter*, Außenhandel, 3. Aufl. 2013, S. 37; s. im Weiteren zu den relevanten ausschließlichen Kompetenzen der EU gemäß Art. 3 AEUV *Nettesheim*, in: *Grabitz/Hilf/Nettesheim* (Hrsg.), EUV/AEUV, 82. EL 2024, Art. 3 AEUV Rn. 9 ff.

³⁸ Zur auf den Abschluss von internationalen Handelsabkommen bezogenen ausschließlichen Kompetenz der EU *Lührs*, Europäische Souveränität, EuR 2022, 673 (685 f.).

³⁹ Vgl. *Menon/Fowler*, Hard or Soft? The Politics of Brexit, (2016) 238 *National Institute Economic Review*, R4–R12.

⁴⁰ Zur Option eines zweiten Brexit-Referendums im Verhältnis zu anderen politischen Szenarien *M. Russell*, A second referendum is clearly possible, *LSE Blog* v. 16.8.2018.

⁴¹ Dazu ausführlich unter § 6.

letzterverbindliche Entscheidung unter Anwendung des britischen Verfassungsrechts.

aa) Referenda im Verhältnis zur Parlamentsouveränität

Spannungspotenzial barg von vornherein die Integration eines Referendums über eine Verfassungsfrage nationaler Tragweite in ein System repräsentativer Demokratie, an dessen Spitze ein „allmächtiges“⁴² Parlament steht.⁴³ Als Ausdruck der Parlamentsouveränität bestehen – nach orthodoxer Lesart⁴⁴ – keine inhaltlichen Grenzen der Gesetzgebungskompetenz. Das Westminster Parliament kann zu jedweder Frage Gesetze beliebigen Inhalts verabschieden.⁴⁵ Folglich hätte das Parlament auch zeitlich nach dem Referendumsausgang ein Parlamentsgesetz erlassen können, das die Zentralregierung verpflichtet hätte, den EU-Austritt zu unterlassen. Dieses Szenario erschien gemäß den politischen Verhältnissen nicht ausgeschlossen. So fühlten sich die Mitglieder des House of Commons und House of Lords zwar weit überwiegend an den Referendumsausgang im politischen Sinne gebunden.⁴⁶ Darin hatten 51,9 Prozent der abgegebenen Stimmen für den EU-Austritt (leave) votiert.⁴⁷ In den Parlamentshäusern hätte dagegen der Verbleib in der EU jedenfalls unmittelbar vor dem Referendum eine Mehrheit gehabt.⁴⁸ Infolge des Referendums musste demnach eine Mehrheit der Mitglieder des House of Commons und des House of Lords entgegen ihrer jedenfalls noch kurz zuvor vorherrschenden Überzeugung agieren und votieren, um den Ausgang des Brexit-Referendums durch parlamentarische Gesetzgebung umzusetzen.⁴⁹

Die politische Spannung zwischen der unmittelbar demokratischen Willensäußerung des Referendums und der anschließenden repräsentativen Willensbildung hatte auch eine verfassungsrechtliche Relevanz, über die schließlich der

⁴² Terminologisch s. etwa *London and North Western Railway Company v Evans* [1893] 1 Ch. 16 (28) (Bowen LJ). Zur Parlamentsouveränität und den Grenzen in der modernen Verfassungsordnung s. § 2 II. 3. a) cc)–ee).

⁴³ Zur Spannung zwischen Parlaments- und Volkssouveränität schon *Loewenstein*, Staatsrecht und Staatspraxis von Großbritannien I, 1967, S. 72; s. in speziellem Bezug auf das Brexit-Referendum *Lord Sumption*, Law and the Decline of Politics, BBC Reith Lectures, 25.5.2019, <https://www.bbc.co.uk/programmes/m00057m8> (letzter Zugriff 15.2.2026); *House of Commons Public Administration of Constitutional Affairs Committee*, Report HC 496: Lessons Learned from the EU referendum, 2019, S. 13; *Qvortrup*, Direct democracy, 2013, S. 12 ff.

⁴⁴ Zu den modernen Entwicklungen s. § 2 II. 3. a) cc)–ee).

⁴⁵ *Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 9. Aufl. 1939, S. 39 f.; *Fröblich*, Von der Parlamentsouveränität zur Verfassungssouveränität, 2009, S. 51; jüngst *J. Laws*, The Constitutional Balance, 2021, S. 110 ff.

⁴⁶ Vgl. *E. Daly*, Populism and Popular Sovereignty, in: Doyle/McHarg/Murkens (Hrsg.), The Brexit Challenge for Ireland and the UK, 2021, S. 175 (176).

⁴⁷ Vgl. *Uberoi*, European Union Referendum 2016, House of Commons Library Briefing Paper, 29.6.2016, S. 5.

⁴⁸ *M. Russell*, Brexit and Parliament, (2021) 76 PA, 443 (445); *Heppel/Crines/Jeffrey*, The United Kingdom Referendum on European Union Membership, (2017) 55 JCMS, 762 (770).

⁴⁹ *Johnston/Pattie/Rossiter*, Representative Democracy?, 2021, S. 9.

UKSC am 24. Januar 2017 entschied, *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union*.⁵⁰ In seinem Urteil konstatierte der UKSC insbesondere einen Gesetzesvorbehalt zur Vornahme der EU-Austritts. Nach Maßgaben des innerstaatlichen Verfassungsrechts müsse demnach das Westminster Parlament per Parlamentsgesetz zustimmen, bevor die Zentralregierung den Austritt nach Art. 50 Abs. 2 EUV notifizieren dürfe.⁵¹ Dieser Gesetzesvorbehalt basiert – wie noch näher auszuführen ist⁵² – primär darauf, dass mit der britischen EU-Mitgliedschaft die innerstaatlich unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts einhergehend, dessen Wirkung nach innerstaatlichem Recht durch ein Parlamentsgesetz (insbesondere den European Communities Act 1972) geregelt war. Daraus folgt in der Anschauung der Richtermehrheit des UKSC, dass mit dem Austritt aus der EU der Entzug innerstaatlich anwendbarer Rechte verbunden sei. Allein das Westminster Parlament könne einen solchen Entzug legitimieren.⁵³

In der Literatur war zuvor hingegen auch der bereits eingetretene Referendumsausgang als Legitimationsgrundlage für den drohenden Entzug innerstaatlich gewährter Rechte in Betracht gezogen worden.⁵⁴ Hinterfragt wurde dabei namentlich, woraus das Parlament seine Souveränität ableitet, soweit jene Souveränität den Gesetzesvorbehalt für den Entzug innerstaatlich gewährter Rechte begründet. Als eine Grundlage der Parlamentsouveränität hat der UKSC in seiner sonstigen Rechtsprechung die demokratische Legitimation des Parlaments hervorgehoben.⁵⁵ Demnach zieht das Parlament seine Souveränität auch aus dem Akt der Parlamentswahl als Manifestation des Volkswillens.⁵⁶ Daran anknüpfend wurde in der Literatur vertreten, dass das britische Volk die grundlegende Legitimationsquelle des Parlaments in Gestalt einer Delegation verfas-

⁵⁰ *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union* [2018] AC 61 (152; 159) (Lord Neuberger, Baroness Hale, Lord Mance, Lord Kerr, Lord Clarke, Lord Wilson, Lord Sumption, Lord Hodge).

⁵¹ *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union* [2018] AC 61 (155) (Lord Neuberger, Baroness Hale, Lord Mance, Lord Kerr, Lord Clarke, Lord Wilson, Lord Sumption, Lord Hodge).

⁵² Ausf. dazu unter §7 I. 1. b) aa).

⁵³ *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union* [2018] AC 61 (143 ff.) (Lord Neuberger, Baroness Hale, Lord Mance, Lord Kerr, Lord Clarke, Lord Wilson, Lord Sumption, Lord Hodge).

⁵⁴ *Elliott*, The Supreme Court's Judgment in Miller, (2017) 76 CLJ, 282 (283); *Greene*, Parliamentary Sovereignty and the locus of constituent power in the United Kingdom, (2020) 79 IJCL, 1166 (1169); s. auch *Ewing*, Brexit and Parliamentary Sovereignty, (2017) 80 MLR, 711 (718 f.); *Ekins*, Constitutional practice and principle in the article 50 litigation, (2017) 133 LQR, 347 (348).

⁵⁵ *R (Miller) v Prime Minister/R (Cherry) v Lord Advocate* [2020] AC 373 (408, 409) (Baroness Hale und Lord Reed); s. auch in der Entscheidung des *High Court of England and Wales* in *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union* [2018] AC 61 (90) (Lord Thomas, Sir Terence Etherton, Sales LJ).

⁵⁶ *E. Daly*, Popular Sovereignty after Brexit, (2022) 23 GLJ, 1 (5) mwN.; *Loveland*, Constitutional Law, Administrative Law and Human Rights, 9. Aufl. 2021, S. 41, 305; *Poole*, Devotion to Legalism, (2017) 80 MLR, 696 (704).

sungsgebender Gewalt bilde.⁵⁷ Unter dieser Annahme hätte indes die für den EU-Austritt notwendige demokratische Legitimation auch aus dem Referendumsausgang als unmittelbarem Ausdruck des Volkswillens folgen können.⁵⁸ In Abwesenheit einer parlamentsgesetzlichen Regelung hätte demnach auch der Referendumsausgang die Notifikation des EU-Austritts unter dem Maßstab des innerstaatlichen Verfassungsrechts autorisieren können.

Dazu im Kontrast verneinte der UKSC die verfassungsrechtliche Relevanz des Brexit-Referendums in *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union*. Demnach habe die gesetzliche Grundlage des Referendums, der EU Referendum Act 2015, nicht normiert, dass infolge des Referendums innerstaatlich wirkende Rechte ohne weitere Legitimation durch ein Parlamentsgesetz entfallen würden.⁵⁹ Eine nähere Begründung, die auf die demokratische Legitimation aus dem Referendum einginge, nahm der UKSC in Bezug auf das Brexit-Referendum⁶⁰ allerdings nicht vor. Mithin hat der UKSC in diesem Urteil den potenziellen Legitimationskonflikt zwischen dem Referendumsausgang und den davon gegebenenfalls abweichenden Mehrheiten im Westminster Parliament zugunsten der repräsentativen Natur der legislativen Gewalt entschieden.

bb) Zentralregierung im Verhältnis zur Unterhausmehrheit

Ein zweiter Grundkonflikt der Brexit-Krise ereignete sich zwischen Zentralregierung und Unterhausmehrheit. Dieser Konflikt entfaltete sich infolge der vorgezogenen Parlamentswahl vom 8. Juni 2017, aus der eine Sitzverteilung im House of Commons hervorging, die lediglich eine Minderheitsregierung der Konservativen Partei, unterstützt von der Demokratischen Unionistischen Partei, zuließ.⁶¹ Infolgedessen verlor die Regierung 45 Abstimmungen über Gesetzes- und Beschlusssentwürfe im House of Commons bis zur erneuten vorgezogenen Parlamentswahl vom 12. Dezember 2019.⁶² Zu dieser Serie zählt unter

⁵⁷ *Greene*, Parliamentary sovereignty and the locus of constituent power in the United Kingdom, (2020) 18 IJCL, 1166 (1186); *Poole*, Devotion to Legalism, (2017) 80 MLR, 696 (704).

⁵⁸ Dazu *Elliott*, The Supreme Court's Judgment in Miller, (2017) 76 CLJ, 282 (283); *Greene*, Parliamentary Sovereignty and the locus of constituent power in the United Kingdom, (2020) 18 IJCL, 1166 (1169); s. auch *Ewing*, Brexit and Parliamentary Sovereignty, (2017) 80 MLR, 711 (718f.); *Ekins*, Constitutional practice and principle in the article 50 litigation, (2017) 133 LQR, 347 (348).

⁵⁹ *R (Miller) v Secretary of State for Exiting the European Union* [2018] AC 61 (159) (Lord Neuberger, Baroness Hale, Lord Mance, Lord Kerr, Lord Clarke, Lord Wilson, Lord Sumption, Lord Hodge); dazu *Blick*, Stretching the Constitution, 2019, S. 55 f.

⁶⁰ In Bezug auf ein potenzielles zweites schottisches Unabhängigkeitsreferendum s. indes *Scottish Independence Referendum Bill Reference* [2022] 1 WLR 5435 (5458) (Lord Reed, Lord Lloyd-Jones, Lord Sales, Lord Stephens und Lady Rose), dazu ausf. unter § 8 I. 2. b) cc).

⁶¹ *Apostolova u. a.*, General Election 2017, House of Commons Library Briefing Paper No. 7979, 2. Aufl. 2019, S. 8. Zur Einordnung der Minderheitsregierung im parlamentarischen Regierungssystem der Westminster-Demokratie s. § 6 I. 3. b).

⁶² Vgl. für eine Übersicht über die Abstimmungen *Walker*, Brexit Timeline, House of Commons Library Briefing Paper, 6.1.2021, S. 31–61.

Sachregister

- Allgemeines Gleichbehandlungsrecht 187
anxious scrutiny-Kontrolle 323 ff., 530
Appellate Committee of the House of Lords 30, 80, 93 ff., 108, 110, 113 ff., 120 ff.
Aufladung 5, 45, 540
Ausgliederung der Gerichtsbarkeit 93 ff., 106, 114, 117, 126, 162
Ausländisches öffentliches Recht 2, 18, 28, 32, 76
Ausnahmезustand 3, 438
äußere Souveränität 7, 401
Autonomie 120 ff.
- Bill of Rights Bill 2022 620 ff.
Brexit-Krise 2 ff., 401 ff.
– Austrittsabkommen 6, 11, 265 f., 407, 675
– Austrittsfrist 6
– Bedeutungssteigerung der königlichen Prerogative 423 ff.
– contempt of parliament 406 f., 532
– destruktive Unterhausmehrheit 10 ff., 404 ff.
– Grundkonflikte 7 ff., 401 ff.
– hard Brexit 7, 441
– indicative votes 409, 419
– Konfliktlinien der Devolution 12 ff., 435 ff.
– motion in neutral terms 405, 413, 422
– Parlamentarische Verfahrensgestaltung 420 ff.
– no deal 6, 405, 408, 415 ff.
– Northern Ireland backstop 406, 408
– Politische Autorität des Referendums 8 ff., 429 ff.
– Ratifikation 6, 405, 415 ff., 425, 439, 452 ff.
– second referendum 7
– snap election 7
– soft Brexit 7, 441
Brexit-Referendum 429 ff., 492
- Carltona principle 222, 656
Common Law 29 ff., 376, 587
- Common Law-Verfassungsrechte 168 ff.
– Normkategorien 174 ff.
– verfassungsrechtlicher Status 190 ff.
constitutional moment 637 ff.
– higher law making 638 ff.
– standard law making 638 ff.
Court of Session 82, 85 f., 92, 109, 449, 462 f., 583, 658
Covid-19-Pandemie 657 ff.
– emergency regulations 659
– lockdown 657
- Degeneration 481 f., 586 ff.
Delegation 9, 123, 281, 492, 498, 501
democratic backlash 633
democratic dialogue 15, 633
Demokratische Legitimation 100, 105, 285, 371, 478, 495 ff., 683
Deutsche Negation der britischen Verfassungsgerichtsbarkeit 17 ff.
Devolution 5, 83
– conferred powers model 352, 367
– Devolutionsgesetzgebung 5, 31, 71, 84, 213, 350 ff., 435, 455
– Devolutionsvorlagen 83 ff.
– excepted matters 352, 455
– intra vires-Vermutung 356
– Kassation 361
– kompetenzielle Asymmetrie 362 ff.
– law officers 84 ff., 360, 476, 584
– legislative consent 364, 491,
– Lord Advocate 363, 387, 474, 476, 584 f.
– reserved matters 351 ff., 473 ff.
– protected provisions 351, 354
– Verfassungspraxis 362 ff.
elective dictatorship 159, 404
entrenchment 680
- Entscheidungsgewalt 2, 27, 34 ff., 43, 52 ff., 64, 71, 76, 121, 128, 136, 313, 567, 582, 584, 586, 596, 601
European Communities Act 1972 211, 449 ff., 505 ff.

- exceptional circumstances 267, 274, 279, 287, 549
 exekutive Beurteilungsspielräume 334 ff., 339, 465, 527, 661, 664 ff.
 Entscheidungsaussprüche und -varianten 229 ff.
 – gegenüber dem Westminster Parlament 229 ff., 230, 264, 289, 298 ff.
 – gegenüber den Regionalparlamenten und -vertretungen 350 ff. 360
 – gegenüber der Exekutive 316 ff., 337, 343
 – gegenüber der königlichen Prerogative 344 ff., 347 f.

 Feststellung der Verfassungswidrigkeit 287
 Freizügigkeitsrecht 180
 Fundamentalkritik 1, 605

 Gesetzesvorbehalt
 – aus dem Status der Verfassungsgesetze 209 ff.
 – für weitreichende Verfassungsänderungen 452, 551 ff.
 Gestaltungspotenzial 3, 114
 Gewaltenteilung 93 ff., 158 ff.
 Globaler Siegeszug 17, 24, 645
 Glorreiche Revolution 1688/1689 272, 274, 460, 501, 568, 682
 Grundmodell 79
 Grundnorm 35 f.

 Hüter der Verfassung 1 f., 20, 38, 59, 61, 132, 275, 398, 567, 582, 597 f., 678
 implied repeal 147, 210, 305, 427, 554, 653 f.
 – verfassungsgesetzliche Einschränkung 210 ff., 653
 – im Verhältnis zu s. 3 HRA 305 ff.

 Instanzenzug 82, 462, 583
 inherent discretion 476, 585
 Integrierte Verfassungsgerichtsbarkeit 75, 88, 389, 394, 397, 593
 Integrationsfestigkeit 143, 161
 ius gentium 27 f.

 judicial deference 276, 322, 528, 539
 judicial review 80 ff., 268 ff., 290
 – Abgrenzung zu appeal-Verfahren 83
 – Entscheidungsvarianten 318
 – Instanzenzug 82 ff.
 – Kontrollmaßstab 325 ff.
 juridical coup d'état 35 f., 608

 Kardinalprinzipien der britischen Verfassung 135 ff.
 – Relationalität 144
 King Charles III. 224
 King Edward VII 572
 King George V 572, 576
 King George VI. 572
 Kompetenzgrenzen der Regionalparlamente und -vertretungen
 – Common Law-Schranken 357 ff., 470
 – Grenzen aus der EMRK 357
 Kompetenzgrundlage 70 f., 230, 273, 316 f., 390, 397, 587
 königliche Prerogative 343 ff.
 – Arten der Prerogative 345 ff.
 – Verfassungsrechtliche Stellung 343 ff.
 königliche Reservefunktion 567 ff.
 Konstitutionalisierung 40, 424
 Kontrollintensität 334 ff., 530
 Krise 2 ff.
 Krisenmerkmale 2 ff.
 Krone-im-Parlament 146, 166, 214 f., 349, 373, 397, 501, 530, 545, 554, 557 ff., 583, 594 f., 644

 law lords 94 ff., 108, 115, 120 f., 447
 leapfrog appeal 82, 92, 447, 462,
 legislative Reformen der Verfassungsgerichtsbarkeit 610 ff.
 Letztentscheidungskompetenz 79, 110, 580, 626
 Lissabonner Vertrag 495
 Lord Chancellor 96 f., 100, 119, 121, 389 f., 607, 610
 lückenlose Rechtssicherheit 583
 margin of appreciation 200, 626, 651

 Maßstabsetzung 46 ff., 375 ff.
 Meinungsfreiheit 180
 mirror principle 196 ff., 650

 New Labour 94 f., 193, 220, 424
 Northern Ireland Assembly 13, 80, 339, 361, 363, 366, 435, 582
 Mehrheitsquorum 130 f., 140, 315, 543 f., 557
 Modellbeschreibung 73, 79 ff.
 Monarch 1 f.; 25, 84, 100, 132, 146, 148, 158, 165, 221, 274, 346, 349, 425 ff., 459, 567 ff.
 necessary implication 151 f., 234, 245, 254
 Normenkontrolle
 – Devolutionsvorlagen 83 ff.
 – Abstrakte Normenkontrolle 86
 – Konkrete Normenkontrolle 85
 – Präventive Normenkontrolle 84, 364

- unter Anwendung der EMRK 289 ff.
- Konventionskonforme Auslegung 298 ff.
- Unvereinbarkeitserklärung 306 ff.
- unter Anwendung des Common Law 230 ff.
- Normengefüge 46, 48, 147, 167, 211, 278, 373, 392, 483
- one-off 482, 596
- Parlamentarische Verantwortlichkeit 222, 464
- Aufwertung zu einem eigenständigen Verfassungsprinzip 524 ff.
- Parlamentsauflösung (Dissolution) 148 f., 159, 427, 572 ff.
- Parlamentssoveränität 146 ff.
- continuing sovereignty 149 f., 283, 517
- Extraktion 519
- Gewährleistung legislativer Aktivität 510 ff.
- integrativer Gegenpol 152 f., 253, 390
- manner-and-form theory 149 f., 282 ff., 514, 523
- orthodoxe Grundzüge 8, 20, 146
- self-embracing sovereignty 149, 283
- parliamentary privilege 143, 205, 275, 313, 466, 509, 558, 562
- permission to appeal 90 ff., 675
- Ponsoby Rule 218 f.
- pouvoir neutre 568
- Präzedenzbindung 91, 197, 376 f.
- Pressefreiheit 182
- principle of legality 21, 230 ff.
- Anwendungspraktiken und -maßstäbe 254 ff.
- augmented principle of legality 243 ff., 541 ff.
- classic principle of legality 233 ff., 555
- Entwicklungspotenziale 260 ff.
- proactive principle of legality 246 ff.
- principle of non-refoulement 670 ff.
- Privy Council 427, 457, 459
- Judicial Committee 19, 80, 223, 225, 343, 488, 581
- Prorogation 11, 148, 216, 457 ff.
- Abgrenzung zu recess und adjournment 458
- Grundsätzliche Bedeutung 458
- Historische Anwendungspraxis 459 ff.
- Justiziabilität 12, 216, 463 f., 560
- Queen's/King's consent 426
- Rechtswirkung und Ablauf 459 f.
- Queen Anne II 575
- Queen Elizabeth II 570, 573, 575, 580 ff., 695
- Queen's Speech 459, 465, 544, 546, 549
- Queen Victoria 459, 572
- Ratifikation 6, 218, 405, 415, 452 f., 495, 574, 630, 607
- Recht am Eigentum 177 ff.
- Recht auf Freiheit, 179 ff.
- Recht auf Leben, 186
- Recht auf Privatsphäre und Selbstbestimmung 189
- Religionsfreiheit 188
- Rechtsetzungssouveränität 495
- Referenda in der britischen Verfassungsordnung 429 ff.; 492 ff.
- verfassungsrechtliche Relevanz 492 ff.
- Regionalparlamente 80, 350
- Rein innerstaatlich normierte Verfassungsrechte
- angriffsbezogene Wirkung 190
- Eingriffswirkung 193
- extraterritoriale Geltung 192
- Schutzwirkung 192
- Reintegration in das House of Lords 610
- Reservefunktion 1, 567, 580
- Residuale Freiheiten 180 ff.
- reverse democratic inertia 633
- Revisionsverfahren 82 ff.
- royal assent 84, 575 ff.
- rule of law 154 ff.
- rule of recognition 35 f., 145, 274, 277, 285 ff., 451, 506 f., 548, 557, 602, 680
- Rwanda policy 669 ff.
- Scottish Parliament 13, 80, 350 ff.
- Selbstermächtigung 15, 32 ff., 481 ff.
- Bundesverfassungsgericht 44 ff., 46 ff., 50 ff., 58, 59 ff.
- Court Constitutionnel, 54 ff.
- Definition 32 ff.; 67
- Europäischer Gerichtshof 40 ff.
- Institutionelle Selbstermächtigung 59 ff., 596
- methodische Innovation 58, 595
- Normintegration 42 ff., 589 ff.
- Politikwissenschaft 67
- Supreme Court of the United Kingdom 481 ff., 586 ff.
- Supreme Court of the United States 38 ff.
- Typologie 37 ff.
- verfassungsrechtliche Grenzen 67, 587
- Verfassungstheorie 69
- session 163, 458, 559

- Sewel-Konvention 13, 365, 456, 487
 social and economic policy 294
 standing 89, 463, 582 f.
 Standing Order No. 14 403, 407 ff., 419, 423, 559
 Strategische Prozessführung 650
 Substantive review 324 ff.
 – anxious scrutiny review 323
 – irrationality 317 ff., 327, 615, 661
 – Kontrollintensität 334 ff.
 – Vergleich zur Verhältnismäßigkeitskontrolle 327 ff.
 – Wednesbury unreasonableness 321, 325, 615
 sufficient interest 89, 582 f.
 Supreme Court of the United Kingdom 80 ff.
 – ad hoc-Nomination 109
 – ad hoc-Zusammensetzung 107 ff.
 – Arbeitsweise 123 ff.
 – Auswahlprozess 100 ff.
 – Chief Executive 110, 123 f.
 – Dienststellung 125 ff.
 – Entscheidungsfindung 115 ff.
 – Entstehungsgeschichte 93 ff.
 – institutionelle Unabhängigkeit 120 ff.
 – institutionelles Selbstverständnis 15 f.
 – Middlesex Guildhall 112
 – nicht-öffentliche Richterauswahl 106 ff.
 – Präsident 100, 102, 107 ff., 118 f., 447, 604, 609, 676
 – peerage 94, 118, 521
 – Prozessuale Zugangshürden 88 ff.
 – Rechtsstellung 80
 – Reservefunktion 567, 580 ff.
 – Revisionsgericht 82 ff.
 – Richteramt 99 ff.
 – Richtervergütung 118
 – senior territorial judges 109
 – Staatsgericht 350, 581, 597, 649
 – Supplementary Panel 109
 – Verfahrensarten 82 ff.
 – Verfahrensaufkommen 87
 – Vorlagegericht 80, 83 ff., 596
 – Zusammensetzung der Richterbänke 107 ff.
 Systematik der Entscheidungsvarianten 127; 229 ff.
 Transformation 3 ff., 226, 370, 401, 639, 644
 Unabhängigkeitsbestreben Schottlands 14, 442, 474
 – Scottish Independence Referendum Bill 474
 – Unabhängigkeitsreferendum 14, 442
 Unanwendbarerklärung 86 f., 264 ff., 672 ff.
 Verfassungsänderung 5, 131, 551
 – weitreichende Verfassungsänderung 452 ff., 551 ff., 595
 Verfassungsbildung 34 ff., 43, 63, 67, 72, 141, 331, 375, 481 ff., 587, 595 f.
 Verfassungsgebung 35, 69 f., 280, 501 f.
 Verfassungsgesetze 205 ff.
 – presumption against implied repeal 210 ff.
 – verfassungsgesetzliche Auslegungsmethode 213, 505, 656
 – verfassungsrechtlicher Status 209 ff., 652
 Verfassungskodifikation 22 f., 172, 279, 640, 681
 Verfassungskonventionen 214 ff.
 – Bindungswirkung 215
 – gerichtliche Dursetzbarkeit 217 ff., 221 ff., 487 ff.
 – power-shifting conventions 221
 verfassungsrechtliche Begründungstechnik 142 ff., 375 ff., 378, 485
 verfassungsrechtlicher Status der EMRK 195 ff.
 – Anwendungsverhältnis der EMRK zum Common Law 200 ff., 623 ff., 650
 – Einfluss der Rechtsprechung des EGMR 196 ff.
 – extraterritoriale Geltung 192
 Verfassungsrechtswissenschaft 1 f., 158, 201, 204, 457, 494, 605 f., 619, 637
 Verfassungsvorrang 38 ff., 142, 214, 265 f.
 Verfassungswandel 498, 640
 Verhältnismäßigkeitskontrolle
 – unter Anwendung der EMRK 291 ff., 338 ff.
 – unter Anwendung des Common Law 319 f.
 Verrechtlichung politischer Konfliktbeschreibung 384 ff.
 Versammlungsfreiheit 182
 Volkssouveränität 39, 492 ff., 641, 643
 Vorinstanzen 82
 Wahlfreiheit 184
 Westminster Parliament
 – constitutional senior partner 165, 565, 588
 – Kreationsfunktion 105
 – Legislativfunktion 12, 148, 274, 276, 511, 515 f.

- Omnipotenz 8, 105, 146, 149f., 284, 500, 514, 518f., 591, 594
- Repräsentationsfunktion 429, 431f., 493, 501
- Verfahrenshindernis 148, 284f., 513f.
- Welsh Assembly bzw. Parliament 80, 83f., 352f., 356, 359f., 364, 366, 435
- Wiederaufleben der Common Law-Verfassungsrechte 133, 245, 319
- Zugang zum Gericht 175ff.